

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Wocher 1893 und 2498.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verleger: Kurt Wocher 11007 und 11008.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Samstag, den 8. Dezember 1918

Nummer 43

An die Partei!

Parteilgenossen und Parteilgenossinnen!

Die Nationalversammlung ist vorbehaltlich der Zustimmung der Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, die am 16. Dezember d. J. zusammentritt, auf den 16. Februar einberufen worden. Die endgültige Entscheidung ist also in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte gelegt worden. Dieses geschah auf Verreiben unserer Genossen im Rat der Volksbeauftragten.

Wir müssen uns jedoch schon jetzt politisch so einrichten, als ob der Termin bereits feststünde.

Stolz geht die Partei in den Wahlkampf. Unbefleckt hat sie das rote Banner erhalten. Als alle anderen Parteien vor dem Imperialismus kapitulierten, als sie zu Witzbuden des größten Verbrechens der Geschichte wurden, über sich feige duckten vor den entseelten Geistern des Nationalismus und der Ventergie, da stand sie fest und unerschütterlich zu den Prinzipien des Sozialismus und der internationalen Solidarität. Als die Politik der alten Demokratie immer weiter abwies von den Pflichten, die Erfüllung des Masseninteresses des Proletariats gänzlich forderte, als und durch Gewalt und List das Wirken für den Sozialismus unmöglich gemacht wurde, da haben wir die alte Partei, an deren Größe wir unabhängig gearbeitet hatten, verlassen. Döher als die Partei stand und der Sozialismus, die Sache des deutschen und des internationalen Proletariats.

Seither haben wir einen mühevollen, unablässigen und fruchtlosen Kampf geführt, damit die Macht des deutschen Proletariats nicht in den Dienst der Verlängerung des unheiligen Krieges gestellt werde, haben alles darangesetzt, daß die Arbeiterklasse aus einem Instrument des Krieges zu dem Bringer des Friedens werde.

Unsere Arbeit hatte Erfolg. Der Kampf gegen den Krieg war Arbeit für die Revolution. Bekämpft von allen Parteien, nicht zuletzt von den Rechtssozialisten, war die Unabhängige Sozialdemokratie die Trägerin des revolutionären Gedankens, den die Arbeiter- und Soldatenräte dann in kühner Tat verwirklicht haben.

Der 9. November hat unser Werk gekrönt. Deutschland ist eine sozialistische Republik. Sie gilt es zu sichern. Ihrem Ausbau gilt nun unsere Arbeit.

Noch sind die Mächte des Alten nicht völlig gebrochen. Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt und versucht ihre ersten Schritte. Ihr gilt der erste Kampf. Die Träger des autoritären Systems müssen sofort beseitigt werden, alle Mittel ergriffen werden, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern und zur Vollendung der sozialistischen Republik zu steigern.

In unerschütterlichem Festhalten an unseren sozialistischen Prinzipien, deren Wichtigkeit der Verlauf der historischen Entwicklung immer von neuem bestätigt, fordern wir den Neuaufbau der Gesellschaft.

Wir fordern den unverzüglichen Beginn der Sozialisierung, damit die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse ge-

brochen, die Produktion auf das höchste Maß gesteigert, die Verteilung zugunsten der Gesamtheit der Volksgenossen umgestaltet werde.

Wir treten ein für die möglichst schnelle Umwandlung des kapitalistischen Klassenstaates in die sozialistische Gesellschaft, auf daß das Reich der Freiheit an Stelle des Reiches der Knechtschaft und der Ausbeutung errichtet werde.

Wir dürfen mit den Vorbereitungen keinen Tag zögern. Ein großes Stück Aufklärungsarbeit ist zu verrichten. Die Frauen nehmen zum erstenmal an einer politischen Wahl von größter Bedeutung teil, und sie bilden die Mehrzahl der Wähler.

Die Soldaten sind zu Millionen dem politischen Leben jahrelang entrückt gewesen.

Die Militärdiktatur hat über vier Jahre auch im Inlande jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, hat namentlich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei an der Ausbreitung ihrer Anschauungen verhindert.

In der kurzen Spanne Zeit bis zum Wahltermin gilt es mit aller Kraft die Wähler über die wichtigsten politischen Tatsachen, über die Grundzüge des Sozialismus zu unterrichten. Kein Tag darf ungenützt verstreichen.

Ihr müßt aber auch schon jetzt mit der Organisationsarbeit beginnen. Das Wahlgeschehen die Wahlbezirke scharf umgrenzen und die Zahl der Kandidaten für jeden Wahlbezirk nach einem gleichen Maßstab festsetzen.

Die Auswahl der Kandidaten hat im Einvernehmen aller unserer Parteiorganisationen der Wahlbezirke zu erfolgen. In jedem Wahlbezirk sind besondere und vollständige Listen der U. S. P. D. anzufertigen. Besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, daß Arbeiter, die das Vertrauen ihrer Mitarbeiter in den Betrieben genießen, als Kandidaten aufgestellt werden.

Es handelt sich nicht um die Wahl zu einem Jahre hindurch tagenden Parlament. Unsere Parteilgenossen, die in Fabriken, Kontoren, Geschäften, Werkstätten, und die auf dem Lande tätigen Arbeiter und Angestellte sind deshalb durch nichts gehindert, als Vertreter in die Nationalversammlung einzutreten.

Die Frauen, die bis jetzt Schulter an Schulter mit dem Manne für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse gewirkt haben, sind in gleicher Weise wie die Männer zur Vertretung des sozialistischen Proletariats in die Nationalversammlung zu entsenden. Der Schlüssel ist zu wählen ohne Rücksicht, ob Mann oder Frau.

Der Streit, wann die Konstituante zusammentreten soll, ist jetzt ein müßiger. Jetzt gilt es, die politische Situation auszunutzen, im Interesse der Arbeiterklasse zum Siege der

Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Auf, Genossen und Genossinnen, auf Werk! Es geht um die Sicherung und den Ausbau der sozialistischen Republik! Es geht um's Ganze!

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ein Junkspruch der Sowjetregierung.

Der Propaganda-Ausschuß des Zentralkomitees der Sowjets in Moskau berichtet durch Junkspruch, daß der Zentralausschuß der Sowjets unter dem Eindruck der Drohungen des Imperialismus alle Kräfte des Landes in einer Verteidigungslinie zusammenfassen und damit die Vereinigung der Menschewilli und Bolschewilli wagen hat. An der Spitze der Verteidigungskommission steht Lenin.

Auch das Kleinbürgertum, das bisher den Bolschewilli ablehnend gegenüber stand, hat sich der Bewegung angeschlossen. Auf Grund eines Aufrufes der Zentralkommission der Menschewilli wurden die Menschewilli wieder zu allen Sowjet-Einrichtungen zugelassen. Paramonow wurde von der menschewillischen Boxel in den Zentralkomitee der Sowjets

delegiert. Die linken Sozialrevolutionäre Spiridonowa und Sablin wurden delegiert.

Dunkle Pläne.

Am Donnerstag hat in Darmstadt eine Beratung von Vertretern der rheinischen Schwerindustrie stattgefunden, die sich neben wirtschaftlichen Fragen auch mit hochpolitischen Angelegenheiten beschäftigt hat. Die Bestrebungen nach Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik und die Lokalisierungs-Tendenzen haben bei diesen Herren eine eifrige Förderung gefunden. Sie scheinen aber noch weiter gegangen zu sein, als die Herren Trimborn und Genossen. Es ist zu erwarten, daß die angestellten Ermittlungen nicht in diesem Kreise kranken werden.

Geheimnisse des Zimmer 25.

Die angestellten Untersuchungen über den Freitag-Bußch zeigen denn doch, daß dieser erste Versuch der Konterrevolution keineswegs so geringfügig ist, wie das die Presse darzustellen suchte. Die Spuren führten bald in das Ausland. In dessen Zimmer 25 fanden die Beratungen statt, dort wurden die Weisungen ausgegeben.

Welche Herren zunächst kompromittiert erschienen, darüber unterrichtet die Erklärung der Volksbeauftragten. Sie lautet:

An die Bevölkerung Berlins!

Der Rat der Volksbeauftragten hat bis jetzt feststellen können, daß der Auftrag zur Festnahme des Volksrates dem Polizeichef Fischer von einem gewissen Maxen und zwei Beamten des Auswärtigen Amtes, Grafen Watuschka und v. Rheinbaben, erteilt worden ist. Maxen ist, ebenso wie Fischer, verhaftet worden, die beiden anderen sind flüchtig. Ihre Verhaftung ist angeordnet.

Die Truppen, die in der Chausseestraße gegen den Demonstrantenzug des Maschinengewerksamer gerichtet haben, waren von einem Mitgliede des Soldatenrates beim Generalkommando, namens Krebs, aufgegeben worden. Auch gegen Krebs ist eingeschritten worden. Der Rat der Volksbeauftragten, der sofort alles getan hat, um die Mitglieder des Volksrates zu befreien und die Antastung ihrer Freiheit sowie das einschlechte Blutvergießen in der Chausseestraße zu sühnen, ist entschlossen, gegen jede Androhung und Verübung von Gewalttätigkeiten vorzugehen, von welcher Seite sie auch kommen. Berlin, den 7. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten:

ges.: Ebert, Haase, Dittmann, Schiebemann, Landberg.

Es ist recht charakteristisch, was da im Departement des Herrn Soli vor sich geht! Seine Herren haben sich mit ihm angeblich solidarisch erklärt und ihren Rücktritt angekündigt, falls ihr Chef fortginge. Man sieht, es wäre schlimmer Schaden! Können sie doch nicht nur die äußere Politik, sondern sie kümmern sich auch um die innere zum Besten des deutschen Volkes!

Aber im Ernst: Die Verschwörung gegen Regierung und Volksrat hat auch eine andere Seite und bedeutet eine eindringliche Lehre. Sie zeigt, wie wichtig die Erfüllung der Forderung ist, die wir immer wieder erheben: die Stützen des alten Regimes endlich zu beseitigen und die Ämter auszufüllen. Herr v. Rheinbaben sitzt übrigens in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes und man kann sich denken, wie bemüht er war, die Presse im Sinne der revolutionären Regierung zu beeinflussen. Interessant wäre es auch, die Geldquellen festzustellen, die zur Finanzierung des Unternehmens flossen. Die Untersuchung dauert fort und wir dürften noch manches Interessante erfahren.

Unausgeklärt sind noch immer die traurigen Vorgänge, die zum Gemetzel in der Chausseestraße geführt haben. Das Generalkommando des Gardekorps berichtigt die gestrige Meldung des W. T. V.:

Auf Grund des § 11 des Presse-Gesetzes ersucht das Generalkommando Garde um Nichtveröffentlichung der heute veröffentlichten Darstellung über die Vorgänge in der Chausseestraße. Die Abriegelung der Chausseestraße erfolgte auf Befehl der Kommandantur, weil nur diese Sicherheitsmaßnahmen für Groß-Berlin treffen darf. Lediglich die Weitergabe des Kommandanturbefehls erfolgte über das Generalkommando.

Der Kommandant. Der Chef des Generalkommandos. Müller. v. Vog.

Als unmittelbarer Verantwortlicher ist das Mitglied des Soldatenrates Krebs ermittelt worden. In wessen Auftrag hat dieser gehandelt, wer sind seine Hintermänner? Auch hier wird hoffentlich die Untersuchung bald das Weitere erweisen.

Fast nicht oder heute schon, daß es sich am Freitag um eine wohl vorbereitete und weitverbreitete Verschwörung gehandelt hat. Die Ruhe und Ordnung ist gefährdet. Menschenleben sind freventlich vernichtet. Berlin und die revolutionäre Regierung sind zu diskreditieren versucht worden, nicht von Kalk, wie bis zur Stunde die ganze Presse fe-

Endenwehr zum Reichskanzlerpalais, wobei dann im Beisein...
Die Coation sich abspielte. Allerdings sind die Zeitungs-
berichte hinsichtlich, die besagen, daß Spiro die Ja-
oder Neinfrage an Ebert gerichtet hätte. Diefelbe ist von
dem angeblichen Retrospektivkommandeur aus Hien-
burg an Ebert gerichtet worden. Wodurch gab Spiro Befehl,
sich nach Hause abzurufen. Auf dem Wege in Höhe des
Berenhauses Wertheim erschien nunmehr Kähler und Helldner
ebenfalls im Auto, wobei Kähler den Befehl gab, die Redaktions-
räume der „Noten-Zeitung“ nach angeblich falschen Regie-
rungsbestimmungen abzusuchen sowie die Tresore mit
Beldinhold zu beschlagnahmen. Das Ansuchen betreffs
des Weibes wurde vom Franzosenkommandeur rundweg
abgelehnt. Die Besetzung der „Noten-Zeitung“ fand nunmehr
bei, wobei den Angehörigen und Arbeitern des Betriebes in
freundlicher und entgegenkommender Weise das Verhalten
der Truppen klar gemacht wurde. Nachdem in aller Ordnung
schicklich wurde, daß falsche Beispiele nicht vorhanden
waren, riefen die Franzosen ab. Mit den Vorgängen in der
Chausseestraße steht das Regiment Franz in absolut keiner Be-
ziehung.

Vom A. u. S.-Rat des 2. Garde-Pionier-Ersatz-Bataillons

Die gestern zur Verhaftung des Vollzugsrates herangezogenen
Kampfschiffe des 2. Garde-Pionier-Ersatz-Bataillons (Kampfschiffe
Werke) sind aus Grund eines gefälschten Regierungsbefehls mit-
gebraucht worden.

Das Bataillon, das tätigen Anteil an der Revolution ge-
nommen hat, steht nach wie vor fest auf dem Boden der Revo-
lution.

Der Kriegsminister gegen Wolffs Bureau.

Aus dem Kriegsministerium wurde folgende Erklärung
verbreitet:

W. W. verbreitet heute über die Zusammenhänge in der
Chausse- und Anwaltsstraße folgende Nachricht:
Der ganze Vorgang ist auf einen Befehl des General-
kommandos der Garde-Regimenter zurückzuführen. Das
Generalkommando hatte an die Füsilier-Kaserne den Befehl ge-
geben, Waffenschiffe als Vorbereit auf die Straße gehen und
Demonstrationen von Germania- und Sophienfällen gestreuen zu
lassen.

Demgegenüber wird festgestellt, daß von Seiten des
Generalkommandos der Garde-Regimenter weder ein Befehl
noch eine Weisung an die Berliner Truppen gegeben worden ist,
da deren Verhalten bei den gestrigen Vorgängen irgendwie be-
deutend hätte. Im übrigen ist das Generalkommando des Garde-
regiments für solche Anordnungen auch nicht zuständig. Auch das
Kriegsministerium steht diesen Vorgängen vollkommen fern.

Der Kriegsminister: Scheuch.
Der Unterstaatssekretär: Göhne.

Richtigstellung.

Das Kriegsministerium gibt gegenüber einer Meldung des
S. L. B. die Versicherung ab: Von Seiten des Generalkomman-
dos des Garde-Korps sei ein Befehl an die Berliner Truppen,
Demonstrationen aufzubringen, nicht ergangen. Diese Be-
merkung ist unrichtig.

Ich habe eine Stunde nach den blutigen Vorgängen in der
Chausseestraße folgendes in der Kaserne des Garde-Füsilier-
regiments festgestellt: Nachdem gegen Abend der Befehl zu er-
höhter Alarmbereitschaft ergangen, kam vom Stellvertreter
des Generalkommandos der durch Herrn Krebs übermittelte
telephonische Befehl an den Kommandanten der Garde-Füsilier-
regiments nach der Kreuzung Chausse- und Anwaltsstraße zu
gehen, um den aus den Germaniafällen heranziehenden De-
monstrationszug zu gestreuen und in die Seitenstraßen abzu-
lenken.

Der Kommandant der Garde-Füsilier-Regimenter versicherte mit, ohne
diesen ausdrücklichen Befehl des Stellvertretenden Generalkomman-
dos würde er niemals Soldaten auf die Straße geschickt haben.
Herr Krebs sei ihm außerdem als Mitglied des Soldatenrates be-
kannt. Nachdem der Befehl vorgelesen, habe er sich verpflichtet ge-
fühlt, seine Leute auch für alle Fälle gehäufig auszurüsten.

Die Soldaten rühten mit Maschinengewehren und Hand-
granaten aus. Befehlsgemäß wurde der Zug aus den Germania-
fällen nach der Reiterstraße abgelenkt; erst als später der Zug
aus den Sophienfällen die Chausseestraße aufwärts heranzöge,
kam es zu der Schießerei, in deren Verlauf, nach der Aussage des
Kommandanten, von den Soldaten etwa 500 Schüsse abge-
geben wurden.

Wie nicht verfahren werden darf.

Berlin, 7. Dezember. (S. L. B.) Gegen die beiden Mitglieder
des Anwaltsbüros, die durch Aussage des wegen der gestri-
gen Vorgänge im Abgeordnetenhaus verhafteten Waffenschiff-
führer belastet sind, hat der Staatsanwalt Dr. Solf das Un-
tersuchungsverfahren eingeleitet. Es handelt sich
um zwei jüngere zeitweilig im Auswärtigen Amt beschäftigte
Beamte.

Wir denken, Herr Solf ist zur Führung der Untersuchung
weder geeignet und befugt und erwarten bestimmt, daß sich die
Regierung die Untersuchung nicht aus der Hand nehmen läßt. Wir
vermuten, daß diese Mitteilung wieder eine der vielen
Extrakturen des Herrn Solf darstellt.

Rundgebungen gegen die Vorgänge vom 6. Dezember.

Die Erregung über die Vorgänge in der Chausseestraße und
im Vollzugsrat hatte in manchen Betrieben die Arbeiter am
Sonnabend veranlaßt, die Arbeit niederzulegen, so in den
Deutschen Waffen- und Munitionswerken, bei den Schwarzlopf-
werken u. s. f.

Ueber Mittag kam es zu großen Rundgebungen gegen
die Vorgänge des vorhergehenden Tages. Starke Züge fanden
sich am Reichstagsgebäude zusammen. Zahlreich sah man in
diesen Zügen Plakate, deren Aufschriften Proteste gegen das
Blutbad in der Chausseestraße ausdrückten. Auch viele Militär-
beamten befanden sich unter den Demonstranten.

Während sich dann die zusammengeordnete Masse in der
Siegessäle bewegt, erschien im Auto Liebknecht, besitz
eine Denkmahl und hielt an die Menge, die sich weithin um ihn
scharte und schweigend jubelte, eine Ansprache.
Nach den vorliegenden Berichten wachte sich Liebknecht darin
sündigt gegen die Regierung Ebert-Scheid-

mann. Genau so wie die alten Machthaber, fügte sie sich auf
Machtingewehre und Patronen. Für die Vorfälle am Freitag
sei die Regierung verantwortlich. Man müsse auch schärfste gegen
die Männer Stellung nehmen, die zur Zeit über das Schicksal
des Volkes zu bestimmen hätten. Es sei eine Schmach, daß mit
Offizieren zusammengearbeitet würde, die sich in den Soldaten-
rat hineingeschmuggelt hätten, um den Massen die am 9. No-
vember gewonnenen Rechte wieder zu entreißen. Wäre es ge-
lungen, den Vollzugsrat festzunehmen, so hätte Ebert wohl auch
die Präsidenschaft angenommen. Zum Schluß forderte Lieb-
knecht auf, daß die Massen sich bewaffneten und eine rote Garde
zum Schutze der Rechte des Volkes bildeten.

Später setzte sich der Zug nach den Linden zu in Be-
wegung. Auch hier hielt Liebknecht an verschiedenen Stellen An-
sprachen an die Masse. Die Demonstration verlief durchaus
ruhig. Es kam nirgends zu Zusammenstößen und zum Ge-
brauch von Waffen.

Ob es zutrifft, das — wie Bürgerliche Märkte berichten —
auch ein Bataillon mit Maschinengewehren in der Siegesallee auf-
fuhr, um die Menge gegen etwaige Angriffe von Soldaten zu
schützen, konnte nicht festgestellt werden.

Das Bild der Stadt war auch in den Abend-
stunden sehr bewegt. Vielfach bildeten sich Ansammlungen
von Menschen.

Aus dem Kriegsministerium wurde eine Reihe von
Maschinengewehren herausgebracht und auf Autos ver-
laden, wie es heißt, um nach den westlichen Vororten gebracht und
dort aufgestellt zu werden. In die Universität wurde, wie
aus ein Augenzeuge mitteilt, eine Reihe von Maschinengewehren
hineingetragen.

Dem Vertreter einer Korrespondenz wurde auf der Kom-
mandantur mitgeteilt, daß angesichts der Suspizien der Lage
selber mit weiteren Zusammenstößen gerechnet
werden müsse. Der Vollzugsrat habe deshalb angeordnet, daß
die Truppen möglichst von der Straße ferngehalten werden sollten.
Die Kommandantur habe die strengste Weisung an alle Truppen
gegeben, daß nur im äußersten Notfalle zur Waffe gegriffen wer-
den dürfe, um Angriffe abzuwehren.

Es ist allerdings die Pflicht der Kommandantur, alles zu unter-
lassen, was provokatorisch wirken könnte, und mit allen Kräften
dafür zu sorgen, daß nicht noch einmal solche Vorgänge sich ab-
spielen wie am 6. Dezember. Der erste Teil der Mitteilungen
der Kommandantur muß aber eine gewisse Verunsicherung
verbreiten. Die Kommandantur sollte lieber, statt derartige Vor-
aussetzungen neuer Zusammenstöße zu machen, alles darauf lan-
gen, daß alle Anlässe zu derartigen Zusammenstößen ver-
mieden werden.

Eine Erklärung des 53er Ausschusses der Marine.

Zu den Vorgängen am 6. Dezember in Berlin wurde von
der Vollversammlung des 53er Ausschusses der Marine am
heutigen Sonnabend im Reichs-Marine-Amt wie folgt beschlossen:

Der 53er Ausschuss verurteilt auf das Schärfste, daß in Sol-
daten- und Arbeiterkreisen gegenseitige Hege nach den verschie-
densten sozialistischen Richtungen mit Mitteln betrieben wird,
die zu solchen bedauerlichen Vorgängen führen, wie sie sich am
6. Dezember in Berlin gezeigt haben. Keine sozialistische Rich-
tung verfolgt Ziele, wie sie mit dem Wort „Kassenschwidmung“
in die Öffentlichkeit hineingetragen und womit weite Kreise
getäuscht gemacht werden sollen. Alle sozialistischen Massen be-
ziehen sich in der Wahrnehmung der Interessen der arbeitenden
Kreise und sich im Ziele klar: Sicherung der sozialistischen Re-
publik im Sinne der proletarischen, internationalen Bewegung.
Verspottung nicht nur der Reaktion und schließlich die Zukunft
der neu begonnenen Arbeit. Die Einberufung der National-
versammlung wird möglich sein — und das haben die gestrigen
bedauerlichen Vorfälle wieder einmal so recht erwiesen —, wenn
erst durch einheitliches Wirken der Soldaten- und Arbeiterkräfte
die ruhigen Grundtöne für einen Aufbau im Sinne des Sozial-
ismus gegeben sind. Das Hineintragen gegenseitiger sozialisti-
scher Stimmungen in die Militärkreise ist ein Verbrechen an der
heutigen Zeit; wenn im Grundlag alle militärischen und Ar-
beiterkreise für die sozialistische Republik eintreten, so ist eine
Verletzung gegen einzelne Richtungen — wie sie gegen die Spar-
tacusgruppe von unverantwortlichen Seiten gescheit wird —
durchaus nicht der Sache und der Zukunft nützlich. Aufklärung
in diesem Sinne tut gerade nach den gestrigen Vorfällen mehr
denn je not.

Scharfe Patronen gegen die A.- und S.-Räte.

Jeder Tag bringt neue Beweise dafür, wie gewisse mili-
tärliche Kreise ständig mit dem Gedanken spielen, durch
Gewaltmaßnahmen die Revolution niederzuwerfen.

Jetzt wird uns wieder von einem Befehl berichtet, den
der Kompanieführer-Leutnant der Reitere Roge vom
Inf.-Regt. 483, 284. Inf.-Div., 6. Armee, bekanntgab. Er
lautete:

„Da die 334. Inf.-Div. zur Besetzung der Grenzen vor-
geschickt ist und sie wahrscheinlich noch etwa 16 Tage hier
bleiben müssen, hoffe ich, daß der Zusammenhalt, der bisher
in der Fronttruppe bestand, auch für die Zukunft bleiben wird.
Wir kommen in ein Gebiet, in dem die A.- und S.-Räte die
Gewalt an sich gerissen haben. Die große Mehrheit des
Volkes ist aber mit der jetzigen Regierung nicht einverstanden.
Die A.- und S.-Räte haufen in
einer schlimmen Weise, zahlen Tausende von 40 M.
an Vorentscheidungen und Voten und verschleudern so das Volksgut.
Die Unternehmer zwingt man, so hohe Löhne zu zahlen,
daß die Industrie zugrunde gehen muß. Das Bürger-
tum wird in der allerärmsten Zeit gegen
diese Regierung vorgehen, die belästigt
werden muß. In dem Bezirk, den wir zu besetzen haben,
werden die A.- und S.-Räte aufgelöst werden
und dabei rechnen wie auf eure Unterstützung. Es werden
heute schon 25 scharfe Patronen verteilt und falls es
so weit ist, werdet ihr weitere 25 erhalten. Ihr habt seid
eure Pflicht getan, tut sie auch in diesem Falle.“

Es wäre zunächst von Interesse, festzustellen, ob der
Herr Leutnant Roge diesen Befehl aus sich selbst her-
aus erlassen hat, oder ob er mit seiner Bekanntgabe nur
eine Anordnung von höherer Stelle gefolgt ist.
In jedem Falle müssen die verantwortlichen Stellen die
Sache sofort untersuchen und gegen die Ur-
heber des skandalösen Befehls vorgehen.

Es handelt sich hier um eine militärische Anweisung,
schlimmer als die meisten bisher bekanntgemachten. Sie
ist zugleich ein Beweis dafür, wie diese militärischen Stellen
versuchen, ihre Truppen durch illusionäre Darstel-
lung der Verhältnisse sich zu fälschlichen Werkzeugen zu
machen. Es darf aber wohl erwartet werden, daß die Sol-
daten sich durch solche Verleumdungen und Verdrehungen

nicht täuschen lassen, sondern die Absichten ihrer janderer
Vorgehens erkennen und es ablehnen, sich von
ihnen zur Bekämpfung der Revolution ge-
brauchen zu lassen.

Gegen Solf und Erzberger.

München, 7. Dezember. Das Pressebureau des Arbeiter-
rates meldet: Der Aktionsausschuß des provisorischen Arbeiter-
rates und Bauernrates für Bayern fordert von der bayeri-
schen Regierung, daß sie gegenüber der Reichsregierung folgende
Erklärung abgibt: Wenn 1. an Stelle Solf ein unkompro-
mittierter Mann getreten ist, 2. die Zustimmung gegeben wird, daß
Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt,
hält sie das Auswärtige Amt wieder für verhandlungsfähig.

Meffernich geht.

Der Kommandant der Volksmarine-Division Hermann
Meffernich ist freiwillig (?) von seinem Posten zurück-
getreten.

Ein Handreich in München.

München, 7. Dezember. In der letzten Nacht drang
eine Schar revolutionärer Internationalisten in die Woh-
nung des Innenministers Auer und suchte ihn zu veran-
lassen, daß er seinen Rücktritt erkläre. Als Auer sich wei-
gerte, freiwillig diese Erklärung abzugeben, zwang man
ihn zur Unterzeichnung eines Schriftstückes, in dem er seine
Abdankung ausdrückte. Der Ministerpräsident Eisner er-
klärte sofort die Unbilligkeit des Schriftstückes.

München, 7. Dezember. Zu der Nachricht, daß Minister
Auer von einer Gruppe revolutionärer Internationalisten
zur Unterzeichnung seiner Abdankung gezwungen worden
sei, meldet die Korrespondenz Hoffmann ostlich: Der Mi-
nisterpräsident des Volksstaates Bayern erteilt seine tiefste Em-
pfehlung über den an dem Minister Auer nächlich verübten
Verstoß aus. Die von ihm erteilte Erklärung ist selbst-
verständlich null und nichtig, und der Minister bleibt Mit-
glied der Regierung.

Die Regierung des Volksstaates Bayern,
J. A.: Der Ministerpräsident Kurt Eisner.

Für deutsche Einheit.

Mün., 7. Dezember. Eine vom Arbeiterrat in A. B. in
einer großen Versammlung im Gurgensch erhoht schärfsten
Protest gegen den Plan bürgerlicher und imperialistischer
Kreise, die Rheinisch-Westfälische Republik auszu-
rufen. In diesem Bestreben, unter dem Schutze der
Oktupationsmächte die westdeutschen Provinzen in die
Gefahr der Auflösung vom Reich zu bringen, ganz gleich in wel-
cher Form es geschieht, erblickt die Versammlung einen Verrat an
der deutschen Volkseinheit. Die Versammlung ist der Ansicht, daß
proletarische Kreise einen selbständigen Rheinisch-Westfälischen
Staat nur erstreben, um sich vor der drohenden
Sozialisierung der Produktionsmittel zu schützen. Die imperialen
versuchen kirchenpolitische Interessen und fallen dem deut-
schen Volk in der Stunde schwerster Not in den
Rücken. Die Versammelten erklären, daß nur der großdeutsche
demokratisch-sozialistische Einheitsstaat auf der Grundlage des
deutschen Sprachgebietes einschließlich Deutschösterreich Gewähr
dafür bietet, daß das deutsche Volk in seiner kulturellen und wirt-
schaftlichen Entwicklung zur höchsten Stufe emporgehoben werden
kann. Jeder Separatismus und Partikularis-
mus wird mit Entschiedenheit abgelehnt. Die
Versammelten geloben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die
vollständigen Auflösungsbestrebungen zu bekämpfen.

Delegiertenwahl zu dem A.- und S.-Rat.

Die Kommission für die Ausarbeitung des Wahlreglements
teilt mit:

Die im Reichstag am 5. Dezember eingesetzte Kommission
zur Ausarbeitung des neuen Wahlreglements für die Dele-
giertenwahl am 16. Dezember hat einstimmig beschlossen, der
Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins folgenden
Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten:

Die Soldatenräte Groß-Berlins vertreten die Auffassung,
daß bei den Wahlen zur Delegiertenversammlung am 16. De-
zember und bei der Wahl zum Zentralrat der Arbeiter- und
Soldatenräte Deutschlands an dem Grundgesetz der deutschen
Revolution: „Parität zwischen Arbeitern und Soldaten“ festzu-
halten ist.

Verlängerung des Waffenstillstands.

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission,
Staatssekretär Erzberger, gibt bekannt:

Das französische Oberkommando hat die
deutsche Oberste Heeresleitung um Bezeichnung von Bevoll-
mächtigten zur Verlängerung des Waffenstill-
stands des ersucht. Die Zusammenkunft könnte am 12. oder
13. Dezember, vormittags, in Trier stattfinden.

Von der Beichlagnahme freigegeben

sind die Eittemromane von Isolante Marés:

Lilli

Ein Eittembild aus Berlin W
Preis M. 4.—

als Fortsetzung:

Lillis Ehe

Preis M. 4.—

Lilli Braun schreibt: ... ebenso glänzende wie
wahrheitsgetreue Schilderungen der Verhältnisse, in denen
die Jugend von Berlin heute aufwächst ... ein überaus
nützliches Werk sittlicher Aufklärung! Für Kinder ist es
natürlich nicht bestimmt.

Zu beziehen durch:
Dogler & Co., Berlin W 9, Köpenicker Straße, Abt. 8

Die unabhängige Sozialdemokratie.

Von Heinrich Ströbel.

Der Verlauf des Krieges und die Revolution hat die unabhängige Sozialdemokratie in eine eigentümliche Lage versetzt. Der Anhang der historischen Ereignisse hat sie mitten zwischen zwei sozialistische Parteien gestellt, zwischen den Mehrheitssozialisten und den Spartakus-Bund. Aber es waren nicht nur die Verhältnisse, die ihr diese Stellung aufzwangen, sondern auch, und vor allem, ihre Grundsätze und die Gebote der politischen Vernunft.

Mit beiden Nachbarparteien hat die U. S. D. Verührungspunkte und gemeinsame Interessen. Dennoch kann sie sich weder mit der einen noch der anderen verschmelzen, will sie nicht ihr innerstes Wesen verleugnen und ihre geschichtliche und politische Mission treulos verraten.

Mit den Mehrheitssozialisten verbindet die U. S. D. das gemeinsame Interesse an der Sicherung der revolutionären Errungenschaften, der Verankerung der Demokratie und der Durchsetzung erster sozialistischer Maßregeln. So undemokratisch und antirevolutionär auch die Haltung der Mehrheitssozialisten während des Krieges war: der Genuß der äußer- und innerpolitischen Ereignisse und die mit elementarischer Kraft hereinabgeworfene und nachwirkende Revolution zwangen die Mehrheitssozialisten unwillkürlich in den Dienst der Demokratie und des Sozialismus. Sie in diesem Dienst zu erhalten und vor reaktionären Rückschlägen und Seitenbrüchen möglichst zu bewahren, ist die historische Pflicht der U. S. D., die durch Bildung einer gemeinschaftlichen Regierung mit den Mehrheitssozialisten die Möglichkeit der stärksten Kontrolle und der paritätischen Mitbestimmung der Politik des Reiches und Preußens gewonnen hat.

Von der Revolution vor die Pflicht der Übernahme der Staatsgewalt gestellt, gab es für die U. S. D. keinen Zweifel. Man konnte sie nicht die Regierungsgewalt erweisen — dazu fehlten ihr die breiten Massen des Volkes und die gewaltige Zahl der benötigten organisatorisch und propagandistisch befähigten Kräfte. Selbst die in der Regierungsgewalt agierenden Parteien haben daran wahrhaftig keinen Hebel. Die Unabhängigen mußten sich also entweder mit den Mehrheitsparteiern in die Macht teilen, oder in der bloßen Opposition verharren, auf die Gefahr hin, die Mehrheitsparteiern dem Bürgertum wieder in die offenen Arme zu treiben. Eine solche Stellungnahme aber hätte die Lebensinteressen des Proletariats verfehlt. Sie hätte neue Spaltungen und Gegenläufe erzeugt und dadurch die ohnehin so konfliktträchtigen Zustände bis zur Katastrophe anspitzt. Es wäre aber eine Krivolität gewesen, in einer Zeit des totalen wirtschaftlichen Niederrucks, an dem die Hungrer, der völligen sozialen Desorganisation und der drohenden feindlichen Invasion das Proletariat selbst durch unnötige Bruderkämpfe zu schwächen und zu zerschellen und dadurch den Triumph der auf der Lauer stehenden Konterrevolution heraufzubekommen.

Am Interesse der Vereinigung aller proletarischen Kräfte hätte es die U. S. D. freudig begrüßt, wenn auch die Spartakus-Gruppe sich an der Regierung beteiligt hätte. Leider haben deren Führer das bis zur Stunde abgelehnt.

Das politische Zusammenwirken der U. S. D. mit den Mehrheitssozialisten bedeutet keineswegs die Preisgabe einer selbständigen Politik. Für die Haltung unserer Partei sind nicht Opportunitätsrücksichten ausschlaggebend, sondern ihre Grundsätze und ihre inneren Überzeugungen. In dem Augenblick, wo das Verbleiben in der Regierung und das Opfer einer Überzeugung außerlegen würde, wäre das Ausscheiden unserer Vertreter aus der Regierung eine Selbstverständlichkeit. Nichts wäre deshalb auch irriger, als die Annahme, daß nunmehr die Differenzen zwischen Mehr-

heit und Minderheit verschwunden oder gegenstandslos geworden wären. Im Gegenteil: die Zusammenarbeit findet ihre Rechtfertigung gerade in der Pflicht, die stärkeren Tendenzen und die besonderen Auffassungen der U. S. D. so nachdrücklich als möglich in der Regierungspolitik zur Geltung zu bringen.

Zunächst besteht zwischen Mehrheit und Minderheit der Unterschied in der Beurteilung der Schuldfrage und der daraus abzuleitenden politischen Pflichten. Diese Frage hat keineswegs nur historischen Charakter, liegt durchaus nicht nur in der Vergangenheit und in einer späteren Zukunft. Sie beeinflusst vielmehr ganz offensichtlich das wichtigste Problem der Gegenwart: das des Friedensschlusses. Während die Mehrheitssozialisten in unangenehmer Verblendung mit dem im Ausland so berufenen Solf, Eraberger und David zu einem erträglichen Frieden zu kommen glauben, sind wir der Überzeugung, daß es das selbstverständliche Gebot der politischen Vernunft ist, bei den Friedensverhandlungen der Entente unbelastete Männer gegenüberzustellen, ganz einzeln, wie man immer über Koch, Clemenceau und Lloyd George denken mag. Zudem: sobald erst einmal die fürchterliche Not der Zeit überwunden und wieder ein freies politisches Denken und ein differenziertes Parteilieben möglich sein wird, wird für die Gewinnung der Massen die Frage der Schuld am Krieg und an der Kriegsverlängerung die wichtigste Rolle spielen. Na, mehr noch: schon während der bevorstehenden Wahlpropaganda werden diese Fragen von beträchtlichem Einfluß sein.

Aber auch in den Fragen der Demokratie und der Wirtschaftspolitik wird die U. S. D. nicht nur in den Ministerien und sonstigen Verwaltungsstellen sondern erst recht in ihrer Presse und Propaganda die vorwärtstreibende Kraft sein müssen. Das Liebigeln mit dem Bürgertum und die sonnte Kompromißpolitik ist den Mehrheitsparteiern schon sehr zur Gewohnheit geworden, als daß nicht der U. S. D. die Rolle des unausgesetzten Drängens zuziele.

Je leichter die Mehrheitler die Gefahr der militärisch-bourgeoisen Gegenrevolution nehmen, desto ernstlicher müssen wir dieser überaus schweren Gefahr zu begegnen suchen. Der Einfluß der Generalität, der Offizierskaste, des Militarismus überhaupt muß restlos gebrochen werden. Die Demobilisierung ist peinlich zu überwachen, vom Hauptquartier und Kriegsministerium an bis in die letzte Etappe und kleinste Garnison. Der Nimbus der Hindenburg und Genossen muß rücksichtslos zerrissen, ihre Popularität mit allen Mitteln der Aufklärung zerstört werden. An die Stelle der alten Armee hat die Bewaffung zuverlässiger proletarischer Elemente zu treten.

Und wie hier, muß auch in allen Zweigen der zivilen Verwaltung rücksichtslos durchgeriffen werden. Die Demokratie muß die Reaktion aus all ihren jetzt noch so zahllosen Schlafhöhlen herantreiben.

Nicht minder muß die U. S. D. die Mehrheitler auf dem Gebiete der Sozialisierung, des Steuerwesens, der Sozialpolitik, der Schul- und Kulturpolitik vorwärts zu drängen suchen. Die Beteiligung der U. S. D. an der Regierung bedeutet ja keineswegs, daß die Presse und die Agitation der Partei vorsichtig abgedämpft werden müsse. Nein, sie sollen mit aller Kraft die sozialdemokratischen Forderungen erheben, unzulängliche Regierungsmassnahmen kritisieren und die Regierung zu rascherem Tempo antreiben. Was gefordert werden kann und muß, ist allein, daß keine unsinnigen und unmöglichen Forderungen erhoben, daß der Regierung nicht leichtfertig Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, mit einem Wort, daß man nicht in die häufige Krudellose Demagoguemanier des Spartakus-Bundes und der „Roten Fahne“ verfällt.

Darüber, daß die Spartakusmänner und gefühlsmäßig unendlich viel näher stehen, als die Scheidemannier, bedarf es keines Wortes. Ebenförmig darüber, daß ihre scharfe Kritik in vielen Punkten berechtigt ist. Und doch trennt uns von ihnen eine unüberbrückbare Kluft: ihr bolsche-

wistisches Programm, ihre Empfehlung und Befolgung der russischen Revolutionsmethoden.

Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der Demokratie, der Nationalversammlung. Die Spartakus-Gruppe dagegen erstrebt statt der konstanten die unbegrenzte Dauerherrschaft der U- und S-Räte die Diktatur des Proletariats in der Form des Gewaltregiments der sozialistischen Arbeiterkassen.

Wir glauben an einen organischen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, an die schrittweise Umgestaltung der kapitalistischen Einrichtungen und betrachten die Demokratie als den Hebel dieser Umgestaltung. Die Spartakus-Gruppe dagegen will sofort die weitestgehende Sozialisierung vorgenommen und die Demokratie nicht als das Mittel, sondern als das Ergebnis eines solch unermittelten Sozialisierungsprozesses betrachtet wissen. Die Spartakus-Gruppe verspricht davon dem Proletariat Freiheit und Wohlergehen; während wir von dieser russischen Methode nur den sozialen Bankrott, die wirtschaftliche Anarchie und den allgemeinen Hunger befürchten.

Wir stehen auf dem Boden des Marxismus, auf dem Boden aller bisherigen theoretischen Auffassungen, auf dem Standpunkt, den Konisch jahrzehntlang unangefochten in seinem Erfurter Programm und seinen zahlreichen Schriften über die Form der Sozialisierung der Produktionsmittel vertreten hat. Die Spartakus-Gruppe dagegen empfiehlt die Methoden der Lenin und Krotki, trotzdem deren Ergebnisse so abfähernd sind, wie nur möglich, da sie das russische Wirtschaftsleben total zerrüttet haben.

Beide Auffassungen aber schließen einander aus, bekämpfen sich, wie Feuer und Wasser. Darum ist es notwendig, nicht nur mit aller Deutlichkeit den Trennungsschnitt nach rechts, sondern auch den nach links zu ziehen. Nur wenn wir die volle Klarheit über unsere Ziele und unsere Methoden verbreiten, verhindern wir Verwirrung und Desertion in unseren eigenen Reihen, pflanzen wir eine weithin sichtbare Standarte auf, um die sich alle Gleichgesinnten sammeln.

Die Situation, in der Mitte zwischen zwei extremen Parteien zu stehen, mag nicht angenehm erscheinen. Primitiven Naturen und mangelhaftem Unterscheidungsvermögen dünkt eine solche „Mittelpartei“ leicht als eine Partei des Kompromisses und der schwächlichen Unentschlossenheit. In Wirklichkeit hat aber gerade die U. S. D. mit unerhittlicher Grundfesten eine Politik der konsequenten Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus zu treiben, unbeirrt von allem Geschrei von links und rechts. Und ohne jede opportunistische Rücksichtnahme auf Strömungen, die momentan vorwärts sein mögen, gerade weil sie durch soziale Unkenntnis und politische Leichtgläubigkeit begünstigt werden.

Aber solchen Strömungen hat der beste Teil der Sozialdemokratie niemals Rechnung getragen. Und die Partei ist gut dabei geblieben. Und sie wird auch diesmal die Früchte einer ehrlichen, unbeirrt grundständlichen Politik ernten, wenn sie sich treu bleibt und für völlige Klarheit ihres Willens und Handelns Sorge trägt!

Nur keine Sozialisierungsangst!

G. Während man in Deutschland noch um die Berechtigung der Sozialisierungsmaßnahmen streitet, von brutalen Eingriffen in das Eigentum und Enteignungsgefahren spricht, gehen andere Länder, die noch ohne Revolution sind, schon fester vor. Die italienische Regierung schlägt eine Anzahl von Handelsmonopolen vor, nachdem sie schon vor dem Kriege ein Versicherungsmonopol errichtet hat. Auch Holland ist nicht verfassungsmäßig und nicht unzulänglich. Die holländische Regierung denkt sehr ernstlich an Monopolisierungen und scheut sich auch nicht, den Antikarzwang anzuwenden. Sie will Vermögen und Einkommen zu

Mahnung.

Lacht euch nicht verhehen
Von latter Bürger Brut.
Die Freiheit nehmt in Hut
Vor ihren Lügenheuten.

Sagt, wer ließ euch waten
Im Blut bis an die Knie
Und schlachten euch wie Vieh
In Mord und gift'gen Schwaden.

Sagt, wer ließ euch sterben
Vor Hunger, Kind und Weib,
Am feinem biden Leib
Reichtümer zu erwerben.

Reißt dieser Heuchlerbande
Die Larve vom Gesicht.
Hell flammt das Weltgericht
Und tilgt sie aus dem Lande.

Bruno Schönant.

Mein Bücherschrank.

„Wir wollen weniger erheben
und fleißiger gelesen sein.“
Reising: „Sinngebilde an den Leser.“

Das Buch ist geistige Nahrung für den Menschen, und seine Not ist so groß, daß er hungern möchte, es sei denn Armut an Zeit. Der sozialistische Staat kürzt den Arbeitstag der körperlich Schaffenden und erweitert die enge Frist, die sonst der in-neren Beschaulichkeit gegeben war. Auch der geringste, dessen Streben nach geistigem Fortschritt das eiserne Gitter des Arbeitstages hindert, wird den Gang in die freie Geisteswelt hin dürfen, ohne sich mehr die Erholung und Auffrischung seiner Kräfte durch findenden Wochenslohn und Abtritt von der Arbeit erkaufen zu müssen. Vieles haben die letzten Jahrzehnte schon gelehrt, aber vieles ist noch zu bessern. Alle Volkshochschulen und Vorträge, alle Volkshäuser und Volkshilfsstellen zeigen nicht den eigenen Bücherkranz. Solange überhaupt ein Privatbesitzer nicht, wie der Besitz der „geistigen Nahrungsmittel“, der Bücher, die höchste Bedeutung für das

Leben des einzelnen haben, und selbst Zeiten des Kommunismus werden daran kaum etwas ändern. Im Gegenteil, man wird dann nur die Geisteswerke in so viel Millionen Exemplaren verbreiten, als es Köpfe gibt, die nach ihnen verlangen.

Im Bücherkranz spiegelt sich die geistige Welt des Menschen. Er ist bereit, seine Schätze auszugeben zu jeder Stunde und verzagt sie keiner Stimmung. Er fordert keine Vorbereitung auf den Empfang der geistigen Nahrung, zwingt zu keinem Gang und läßt den Fragenden und Suchenden allein mit sich.

Im Bücherkranz stehen die Freunde, mit denen man sich in Ruhestunden unterhält, die Lehrer und Erzieher, die aufwärts führen sollen zur Höhe des Lebens. Darum muß er sich mit den Jahren immer mehr füllen, denn jeder neue Schritt bringt neue Ausblicke auf fremde Bezirke des Geistes. Die naturwissenschaftlich sich Bildenden haben es leicht. Ihre Lesart steht sie stets auf neue Fragen und auf neue Namen. Es gibt kaum ein Werk, sei es klein oder groß, das nicht immer und immer wieder auf andere Werke verweist, bis das Panorama vollkommen ist. Die Geisteswissenschaften dagegen ergeben sich in ihrer Vielfältigkeit nicht so leicht und überlassen es dem Wissendürstigen, den Quellen suchend entgegenzusteigen. Und noch mehr, stellt die schöne Literatur ihren Leser auf sich selbst. Es ist darum gut, wenn er jemanden findet, der ihn geleitet, ihn zu den Richtwegen führt, damit er nicht irrezugehe.

Von den Klassikern der Literatur weiß jeder. Ob er sie aber kennt, und ob er über das hinaus, was ihm einst die Schule vermittelt hat, in ihre Werke eingegangen ist, das möge sich jeder selber fragen. Der alte Staat hat manches verschwiegen. Die Geschichte der Menschheit ist von den Kathedern herab nur allzu sehr zu einem Zahlenkalender erniedrigt worden. Helmbold wurde genannt, was das Herrschende befestigte, und Verbrechen noch vor kurzem alles, was trotz dieser Schwächung schließlich die neue Zeit herbeiführte. Kennt der Proletarier wirklich seine Geschichte, die die Geschichte aller Völker und Zeiten ist? Charles Michet, der nobelpreisgekrönte Franzose, hat eine „Kulturgeschichte“ geschrieben (deutsch im Verlag Naturwissenschaften in Leipzig), ein Werk, das in großen Schritten durch die Jahrtausende führt und gelesen werden sollte von jedem, dem es ernst ist um das Erfassen der großen geschichtlichen Zusammenhänge. Michet gibt den historischen Unterbau des weltpolitischen Gebäudes. Wer ihn liest, wird sich bald zurechtfinden auch in den Komplexen und Räumen der Zeitpolitik. Auch wer sich mit der Parteipolitik tiefer beschäftigen will, um ihre Grundlagen verständig zu verstehen, wird von diesem Buch seinen Gewinn haben.

Die Gegenwart fordert die Rückschau in die Vergangenheit und auf ihre geistigen Führer. Lassale und Marx und Engels wollen gelesen sein und müssen gelesen werden von allen, die sich nicht nur mit Schlagworten abspielen lassen. In der „Internationalen Bibliothek“ des Verlages J. G. W. Dieck in Stuttgart findet man ihre Bücher. Wer sie kennt, nehme Edward Bernsteins und Karl Kautskys Schriften zur Hand, die alten wie die neuen, die jüngst der Verlag Paul Cassirer veröffentlicht hat.

Die deutsche Revolution in ihrer Arbeit am Aufbau der Gesellschaft muß auch außerhalb der Reden und Versammlungen geistig betarbeitet werden. Die Geschichte der französischen Revolution und die der russischen, die Geschichte der 48er Bewegung als ihre Vorbilder und Vorbildner erhalten eine Fülle von Lehren, die heute zur Fibel des politischen Handelns gemacht werden sollten. Man nehme hierzu Peter Kropotkins Werk über die Revolution von 1789, nehme seine „Memoiren eines Revolutionärs“ (Verlag Robert Lutz in Stuttgart), die mehr bedeuten als die Erinnerungen eines Kämpfers und geistigen Stürmers. Man versenke sich in die Schriften der deutschen Revolutionäre und besinne sich wieder auf Georg Herweghs „Eiserne Berge“ der Vormärzzeit, erinnere sich an Heines „Wintermärchen“ und an seine politischen Gedichte, die heute geschrieben sein könnten als Grabsprüche der Hohenzollern.

Das jüngste Deutschland, das der Krieg nicht öffentlich hat reden lassen, soll über der Vergangenheit nicht vergehen werden. Franz Werfels Dichtungen (Kurt Wolff in Leipzig), die das neue Menschentum künden, die Bücher Walter Hasenclevers, Leonhard Franks „Der Mensch ist gut“ und des Franzosen Henri Barbusse „erschütternder Kriegstrom“ „Das Feuer“ (beide bei Rascher u. Co. in Zürich) sind Werke, die geistiges Eigentum des deutschen Volkes werden müßten.

Einen Bücherkranz aufzustellen, wäre mühsige Arbeit. Der Hinweis auf wenige, das weiterführt zu Erkenntnissen oder zur Liebe für das Geschriebene und die Kunst der Zeit, ist genug. Man fällt nicht von einem Tag zum anderen seinen Bücherkranz, wie man sich ja auch nicht einen Freundestreu bekehrt. Rät auf den Umgang aber, den man mit Büchern pflegt wie mit Menschen, ist das erste Gebot. Freundschaft mit Ausgewählten sorgt für die Zukunft vor, denn unendlich sammelt sich schon die Schere der Vertrauten, mit denen man gemeinsam seinen Weg wandert. Viel lesen, nicht vieles lesen, Gutes lesen und mit Güte auch gegen das, was zuecht dem Verlesenen fremd scheint, in die Geduldsschule. Im Bücherkranz sei ihre Verbindung erfüllt.
Ulrich Steinbock.

amagen in Staatsanleihe zwingen. Bei 10 000 bis 20 000 Gulden Einkommen sollen 5 Proz. des Einkommens gezehnet werden, bei 20 000 bis 80 000 Gulden Einkommen 10 Proz., bei 100 000 Gulden Einkommen und darüber 35 Proz. Wenn nicht 800 Millionen Gulden von der 850 Millionen Gulden betragenden 5prozentigen Anleihe aufgebracht werden, soll eine 3 1/2 prozentige Zwangsanleihe begeben werden. Was die Zeichnung nach dem Vermögen angeht, so sind bei einem Vermögen von 75 000 bis 100 000 Gulden 1 Proz. zu zeichnen, von 100 000 bis 125 000 Gulden 1 1/2 Proz., von 125 000 bis 150 000 Gulden 2 Proz., von 150 000 bis 200 000 Gulden 2 1/2 Proz., von 200 000 bis 300 000 Gulden 3 Proz., von 300 000 bis 400 000 Gulden 3 1/2 Proz., von 400 000 bis 500 000 Gulden 4 Proz., von 500 000 bis 750 000 Gulden 4 1/2 Proz., von 750 000 bis 1 Million Gulden 5 Proz. und über 1 Million Gulden 6 Proz. Das ist wenig, aber es zeigt immerhin Entschlußkraft.

England und die Vereinigten Staaten sind schon sehr reichlich vorgegangen, und es ist keine Frage, daß sie noch reichlicher werden. Nach den Schätzungen der amerikanischen Regierung soll die neue reguläre Einkommensteuer auf die Korporationen (Kriegsgesellschaften usw.) 684 Millionen Dollar, die Steuer auf das private Einkommen rund 1,5 Milliarden Dollar bringen. Von der Steuer auf das Mehreinkommen erwartet man 3,2 Milliarden Dollar. Die Steuer beträgt bei einem Einkommen von 2500 Dollar 40 Proz. oder 1,00 Prozent, bei einem Einkommen von 5000 Dollar 60 Proz. oder 7,7 Prozent, von 10 000 Dollar 55,55 Proz. oder 18,65 Prozent, von 50 000 Dollar 12,485 Proz. oder etwas über 50 Prozent, von 1 Million Dollar 8 1/2 Proz. oder 84,71 Prozent, von 5 Millionen Dollar 3,5 Millionen Dollar oder 70,5 Prozent.

Zum Vergleich sei bemerkt, daß in England bei 200 000 Dollar Einkommen 40,84 Prozent Steuern erhoben werden, bei einem Einkommen von 1 Million Dollar 51,07 Prozent, von 5 Millionen Dollar 52,89 Prozent gegen 50,55, 64,71 und 70,84 Prozent in den Vereinigten Staaten. England und besonders die Vereinigten Staaten sind in viel günstigerer Finanzlage als Deutschland und doch wird dort kräftig zugegriffen. Auch Schweden und Dänemark zeigen keine Furcht vor dem Protekt des Kapitals. Bei uns hat man noch nicht einmal die technischen Vorbereitungsmaßnahmen getroffen, die wenigstens die Steuerflucht verlangsamen würden. Deshalb hat man beispielsweise nicht die gesamte Kriegsanleihe zu Registraturzwecken in eine Schulbuchanleihe verwandelt? Ferner wäre die Umwandlung aller Inhaberpapiere in Namenspapiere möglich.

Zwischen bourn Kapitalflucht und Kapitalverschwendung an. Man wollte die Bestimmungen gegen die Flucht über die Grenze verschärfen und ausbauen. Aber unfertiges Wissen ist seit dem ersten Erfolg von Bedeutung noch nichts gewesen. Immer noch werden Niefenpolitiken bei den Versicherungsgesellschaften, speziell bei Auslandsgesellschaften abgeschlossen, immer noch ist die Gründung von Auslandunternehmungen zur Schaffung von Verbindungen gegen Deutschland möglich. Jeder, der mit den Dingen vertraut ist, weiß, daß das Kapital fortwährend Sicherungsaktionen unternimmt. Keine Frage ist heute so häufig und dringend wie die Abschfrage des Kapitals. Behalte ich die Kriegsanleihe, laufe oder verkaufe ich Häuser, Bilder, Edelsteine, Lebensmittel, Dividenden, Effekten? Mit solchen Fragen wird der Vermögensberater beauftragt. Sie haben alle das gleiche Ziel: Wie sichere ich mich vor der Besteuerung? Die Verschönerung dauert an. Schnell werden noch Uebergewinne ausgeschüttet, Kapitalerhöhungen aus Steuergründen rückgängig gemacht usw. Will die Regierung nicht mit einem horrenden Minus abschneiden, so muß sie etwas tun. Sie muß sich die Erfassung sichern, sie muß sich auch Kapital sichern. Deshalb hat man die Privatversicherung noch nicht verschärft. Das ist doch keine Gewalttätigkeit und keine überhöfliche Angelegenheit. Es liegen da Niefennummen parat, die durch das Vertrauen zum Staat ersetzt werden könnten. Mit diesen freiwerdenden Summen und mit den ungeheuren laufenden Einnahmen könnte man allerlei machen. Kapitalkontrolle, das ist jetzt die Hauptsache, denn ohne Kapitalkontrolle keine Kapitalerfassung und ohne Kapitalerfassung keine Sozialarbeit. Wenn schon Länder, die noch im Zustande einer blühenden Privatwirtschaft sind, wenigstens staatssozialistisch vorgehen, weshalb zögert Deutschland?

Gewerkschaftliches.

Achtung! Angestellte der Kriegsgesellschaften und behördlichen Stellen!

Die bisherigen Verhandlungen mit den Reichsämtern haben zur Einsetzung einer Kommission geführt, die aus Vertretern der Angestellten und Betriebsleitern sowie der Reichsämter und der zuständigen Organisationen der Angestellten besteht. Diese Kommission hat bereits ihre Arbeit aufgenommen und es sind bestimmte Richtlinien in Bearbeitung, die zunächst Ständigungen verbieten, alsdann allgemeine Richtlinien für Entlassungen und Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern aufstellen, als auch die

endgültige Regel für die Auszahlung der allgemeinen Feuerungszulage bestimmen. Wir werden darüber weiter berichten.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Verband der Bureauangestellten Deutschlands.

Die Frage der Frauenarbeit und der Entlohnung der Frauen wird für die Gewerkschaften jetzt drängender werden. Solange Mangel an Arbeitskräften vorhanden war, mußte der Lohn für Frauenarbeit steigen. Die Männer wollen aber wieder Arbeit haben. Die Gewerkschaften wollen sich wieder dagegen, daß die Frau als Lohnbrückerin benutzt wird. In verschiedenen Branchen ist die Frage sehr aktuell. Aus einer Branche der Holzarbeiter schreibt uns ein Kommissionsmitglied: Vielleicht wäre es am Platze, entweder durch Kriegsverordnungen oder aber durch Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes einerseits und der Gewerkschaften andererseits, in erster Linie die Männer unterzubringen, in zweiter Linie die Kriegswitwen und in dritter Linie alleinstehende Mädchen, wo der Ernährer krank oder gestorben oder die Familie so groß ist, daß das bittere Muff vorliegt, und der Lohn der Frau um ein Drittel von dem des Mannes herabgesetzt wäre, ebenso auch bei den Heimarbeiterrinnen. In solchen Fällen müßte von den zuständigen Gewerkschaften ein Ausweis gegeben werden, nach dem nur solche Frauen, die im Besitz solcher Karten sind, eingestellt werden dürfen. Wir haben von der Anregung Notiz genommen, bemerken aber, daß die Frage in zahlreichen Betrieben Gegenstand erster Beratungen ist und daß verschiedene Grundsätze aufgestellt sind.

Groß-Berlin.

Arbeitslose!

Die Wahlen zum Arbeiterrat für künstliche Arbeitslosen Groß-Berlins finden Montag, den 9. Dezember, vormittags um 9 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

- Jirkus Busch,
 - Germania, Chausseestraße,
 - Königsbank, Große Frankfurter Straße 117,
 - Stadttheater Noabit (Mit) 47/48.
- Als Ausweise gelten die Arbeitslosen-Kontrollkarten. Die Wahlkommission. J. A.: B. Neumann.

Bernstein über die Sozialisierung.

Vor einer überfüllten Versammlung in den Lindenalen in Paris sprach am Freitagabend Genosse Bernstein über die Sozialisierung der Gesellschaft. Diese sei nicht so einfach, wie es von einigen Heißspornen hingestellt werde. Die kapitalistische Wirtschaft sei so weit verzweigt, daß nur mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden könne. An der Hand von Beispielen aus der Textilbranche folgerte er, daß die Vergesellschaftlichung nur systematisch erfolgen könne und viel Zeit brauche. Auch in der Verstaatlichung des Verkehrsnetzes, der Versicherungen und der Banken, die diesen als höchst einfach ersähe, müsse vorsichtig zu Werke gegangen werden, weil es sich auch hier um weitverzweigte verästelte Einrichtungen handle. Eingriffe in den einen Zweig könnten die Herstellung des anderen zur Folge haben. Die Regel der Sozialisierung müsse sein, durch möglichst wenig Reibung möglichst großen Nutzen zu erzielen.

In der Hauptsache könne die Sozialisierung nur da einsehen, wo die Anfänge dazu schon gegeben seien. Die Sozialisierung sei nicht an bestimmte Formen gebunden. Er erinnerte an die erste Zeit der kapitalistischen Ausbeutung, an die zügellose Ausbeutung der Arbeitskraft von Männern, Frauen und Kindern. Der Staat habe hier regeln eingegriffen, er schuf einen Arbeiterschutz, stellte die Betriebe gewissermaßen unter seine Aufsicht und die Kontrolle gehe allmählich weiter. Von dem ursprünglichen Absolutismus des Unternehmers bröckelte immer mehr ab. Der Krieg habe mächtig vorgearbeitet, es seien Rohstoffgesellschaften ins Leben gerufen, ganze Betriebe im Interesse einer erhöhten Leistung stillgelegt worden. Auch bezüglich der Festsetzung der Preise habe der Staat schon eingegriffen. Sehe er noch die Löhne der Arbeiter fest, dann bleibe dem Unternehmer nicht mehr viel übrig. Noch hätten wir die freie Konkurrenz, die viel zur Steigerung der Produktion beigetragen habe. Es müsse Rücksicht auf die Triebe genommen werden, die die Unternehmer veranlassen zu arbeiten. Wenn der Unternehmer nichts verdiene, wird er nicht verbessern und passiv bleiben. Sobald die Sicherheit verloren gehe, herrsche Stodung. Es müsse unser Bestreben sein, bei der Sozialisierung so wenig wie möglich Arbeiter brotlos zu machen. Es müsse nach wissenschaftlichen Grundsätzen vorgegangen werden, weil dadurch das beste Resultat erzielt werde.

Rußland sei ein hervorragendes Beispiel. Dort sei die Agrarwirtschaft vorherrschend, trotzdem hätten die Eingriffe in die industrielle Produktion großes Gutes hervorgerufen. In Deutschland mit seiner weitverbreiteten vorherrschenden Industrie würde das Gutes durch unüberlegte Eingriffe noch größer werden, als in agrarischen Rußland. Ein politisches System ließe sich an einem Tage erschlagen, die Gesellschaft nicht. Auch aus der russischen Arbeiterrepublik müßte noch etwas in die bürgerliche Gesellschaft erstehen, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Zum

Schluß wies er noch auf die unsichere finanzielle Lage Deutschlands hin. Im neutralen Ausland trauere Deutschland in finanzieller Hinsicht niemand mehr etwas zu. Trotzdem bestrebe sich sein Grund zur Verzweiflung. Das Wahlrecht sei auch eine soziale Errungenschaft. In seinem Reiche würden wir fliegen und an die langsame Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel gehen.

In der Diskussion fanden die Ausführungen Bernsteins allgemeine Zustimmung. Es wurde die Notwendigkeit eines einigermaßen Zusammengehens allenthalben empfohlen. Nur so könnten mit der geschlossenen bürgerlichen Allianz die Spitze bieten, das bisher Errungene festhalten und weiter ausbauen.

Die Vorgänge in Neutölln.

Der Volksgesundheitsrat des Neutöllner Arbeiter- und Soldatenrats sendet uns folgende Mitteilung: In einigen Berliner Zeitungen wird heute die Nachricht verbreitet, daß der Reichskanzler Ebert auf eine Beschwerde des Neutöllner Magistrats folgendes geantwortet hat:

Die Reichsregierung hat in wiederholten Bekanntmachungen erklärt, daß sie bis zur Beschlußfassung durch die verfassunggebende Nationalversammlung die Bildung neuer Staatsorgane nicht anerkennen kann. Auch hat sie die bisherigen Behörden grundsätzlich in ihren Vorrichtungen befristet. Die Abfertigung solcher Behörden kann nicht durch Arbeiter- und Soldatenräte geschehen, sondern nur durch die Zentral- oder Aufsichtsbehörden der etwaige Beschwerdepunkte und Wünsche mitteilen. Sie hiernach mißbilligt die Reichsregierung das Vorgehen der Arbeiter- und Soldatenräte Neutölln und empfiehlt ihnen, gemäß der Entscheidung des Ministeriums des Innern abzuwarten, dem wir Ihre Beschwerde übermitteln haben.

Wir stellen zunächst fest, daß der Neutöllner Arbeiter- und Soldatenrat bis zum heutigen Tage weder die Absicht hatte, noch jetzt hat, den Neutöllner Magistrat seines Amtes zu entsetzen. Wir haben vielmehr auch der Anordnung der neuen Regierung entsprechend, als Neutöllner Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle über die Neutöllner Kommunen übernehmen wollen. Auch das amtliche Dokument vom 13. November, unterzeichnet von Nolkenbühler und Müller, gibt uns hierzu folgende Ermächtigung: Sie (der Volksgesundheitsrat) haben für uns die Kontrolle der kommunalen Verwaltung. Sie haben außerdem die Polizeigewalt unmittelbar auszuüben.

Wir stellen uns die Kontrolle so vor, daß wir an den Magistratsitzungen, sowie an den Sitzungen der Kommissionen und Deputationen teilzunehmen gedächten und jede neuerliche Verordnung durch unseren Vorstand gegenzeichnen zu lassen. Es ist deshalb eine glatte Lüge, wenn behauptet wird, wir wollten den Neutöllner Magistrat absetzen. Diese Lüge wird dazu benutzt, um zu verschleiern, daß sich der Magistrat selbst gegen die Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates gewehrt hat. Es ist aus diesem Grunde auch schon zu unangenehmen Eskapaden zwischen dem Bürgermeister Mann und den Delegierten des Volksgesundheitsrates gekommen.

Auch untererseits ist eine Beschwerde über diese Angelegenheit an die Preussische Landesregierung und den Volksgesundheitsrat gegangen. Allerdings würden wir uns veranlaßt sehen, falls der Magistrat seine Haltung nicht ändert, dem Interesse der Kontrolle und der Ausführung der uns übertragene Pflichten entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Unsere Feuerwehrlente.

Die Organisation der Berliner Feuerwehr ist eine militärische. Die vorgehenden Offiziere führten ein scharfes Schwert und waren oft recht rüchsiglos. Die Feuerwehrlente mußte sich alles heraus. Das Automobil des Herrn Branddirektors wurde eine Art Privatbesitz des Herrn. Feuerwehrlente wurden zu den verschiedensten persönlichen Dienstleistungen ihrer Vorgesetzten benutzt: zum Einholen, Entleeren u. a. Jetzt liegen die Dinge anders. Die Feuerwehrlente wollen nunmehr endlich über sich selber bestimmen. Und das ist gut so. Nach dem fänden sich die Vorgesetzten als militärische Vormunde und befänden die Leute demgemäß. Das muß endlich anders werden. Der Dienst ist zu lang. 102 bis 108 Stunden Dienst in der Woche ist viel zu viel. Die Ausrüstung der Vorgesetzten entspricht nicht den heutigen Verhältnissen. Ohne Degen können Offiziere der Feuerwehr auch auskommen, desgleichen die Chemikerfeuerwehrlente. Der militärische Drill muß abgeschafft werden. Eine ganze Menge Platz kann in den Wachen für Wohngelegenheit geschaffen werden, wenn der gute Wille vorhanden ist. Bei achtstündigem Dienst können eine Reihe Mannschaften Arbeit erhalten. Also es kann vieles geändert und gebessert werden. Aber man darf nicht auf die Vorgesetzten hören, sondern auf die Mannschaften.

Uebervorkellung des laufenden Publikums.

Die Klagen über Uebervorkellung des Publikums werden eher größer als geringer. Eine Aufschrift sei hier wiedergegeben. Sie lautet:

„Die Lebensmittel- und Kohlenrationierung mit dem für die Hausfrauen bestehenden Raum, in bestimmten Geschäften zu kaufen, hat es mit sich gebracht, daß fast alle Händler und Kleinhändler auf dem hohen Pferd sitzen. Ueber ihre Öfflichkeit dem laufenden Publikum gegenüber ist schon häufig genug



N. J. SRAEL

BERLIN C Spandauer Str. 16 Gegründet 1815 BERLIN C Königstr. 11-14

Seide u. Samt	Kleiderstoffe	Wirkwaren	Gardinen Vorlagen
Blusenseide gestreift, Mtr. 9.75	Kostüme Stoffe Mischgewebe, schwarz, dunkel- oder mischfarbig, 130 cm, Meter 25.00 bis 35.00	Herren-Socken Baumwoll- od. Flot, schw. od. farb. 1.65	Gest. d. k. Tüll Größe etwa 50x250 cm Stück. 6.50
Blusenseide schwarz, Meter 12.75	Schottenstoffe blau-grüne Mischgewebe, 85-100 cm, Meter 26.50 bis 35.00	Fußlinge f. Damenstrümpfe schwarz, Baumwoll. 2.90	Künstler-Gardinen gewebt, Tüll, eisenbein, Flügelänge . . . 320 cm Kop. behangbr. 200 cm Garnitur = 2 Flügel, 1 Kop. behangbr. 55.00
Glanzseide für Jackenfutter Meter 19.75	Reinwollen, Kammgarn-einfarbiges Cheviot Stroßennatur in dunkl. Farb., 130 cm, Mtr. 35.00	Damen - Strümpfe Flot, durchbrochen. 6.90	
Kleiderseide doppeltbreit, schwarz u. farb., Mtr. 34.50	Kunstseidene Stoffe hell- und dunkel kariert, 98-115 cm, Meter 29.50 bis 32.00	Korsettschoner weiß Baumwoll-, feingestrickt, glatt oder garniert. 2.45	
Chinakrepp schwarz, weiß, farbig Meter 39.00		Miederleibchen weiß Baumwoll-, feingestrickt, mit kurzen Ärmeln, Mittelgröße 6.50	
Seidenkaschmir marine und grün Meter 49.00		Damen-Beinkleider weiß Baumw., feingestrickt, geschlossen, Mittelgröße . 11.75	
Seiden-Samt schwarz und farbig. Meter 24.00			

Man verlange die neu erschienenen Weihnachts-Preislste

plagiert worden. Der Ton, der sich eingebürgert hat, ist aber weit mehr als schlimm, wie ein anderes Uebel, das immer unerhüllter zutage tritt und den Berliner Hausfrauen tagtäglich unerhörte Summen aus der Tasche preßt, ohne daß den wenigsten die Tatsache bekannt ist.

Treßes Uebel besteht in dem falschen Wiegen der Kleinwägen zum Nachteil der Käuferinnen und in unredlichen, betrügerischen Manipulationen beim Zuteilen der Lebensmittel.

Um diese Tatsache zu illustrieren, seien nachstehend einige ganz alltägliche Fälle geschildert. Wir holen von unserem Kohlenhändler, dem wir gewöhnlich als Kunden zugewiesen sind, 4 Zentner Pechkohlen. Da wir glücklicherweise im Besitz einer Dezimalwaage sind, so stellen wir fest, daß am ersten Zentner 16 Stück, am zweiten Zentner 11 Stück, am dritten Zentner 14 Stück und am vierten Zentner ebenfalls 14 Stück Pechkohlen fehlen. Einige Tage darauf holen wir 2 Zentner Pechkohlen. Auch dieses Mal fehlten am ersten Zentner 14, am zweiten Zentner 19 Pechkohlen. Heute holen wir die letzte Nation unseres Quantums. Hierbei wurde der Gipfel abgeklommen, indem an 1 1/2 Zentnern 27 Stück Pechkohlen fehlten. Im ganzen wurden wir also bei 7 1/2 Zentner um 108 Pechkohlen betrogen. Dieser Betrag kommt in der Weise zusammen, daß viele Händler die Kohlen nicht wie es Vorschrift sein sollte, wiegen, sondern 100 Stück unter der Voraussetzung, daß jede Kohle 500 Gramm wiegt, verkaufen. Dabei ist ihnen natürlich sehr gut bekannt, daß eine Sorte nur 470 Gramm, andere sogar nur 400 und 370 Gramm wiegen. Die Händler kalkulieren ganz richtig: wer hat denn im Haushalt eine Waage, geschweige denn eine Dezimalwaage? Ja, wieviele Hausfrauen wiegen denn überhaupt ihre Einkäufe nach. Folglich kann es ja der Händler so groß treiben! Er verdient an dem, was er nicht verkauft, ganz bedeutend. Unser Kohlenhändler z. B. schneidet in des Wortes wäcker Bedeutung das Geld ein.

Bei unserem Gemüsehändler kaufen wir Kartoffeln. Wir bekommen 2 Pfd. Kartoffeln. Auf unserer genau wiegenden Waage stellen wir fest, daß reichlich 2 Pfd. fehlen. Vor einiger Zeit holten wir unsere Bodenkartoffeln, bestehend aus Birgling, Kohl, Weißkohl, Kartoffeln, Kohlraben usw. Hierbei fehlten am richtigen Gewicht 7 Pfd. Der Mann, der vorher einen ganz kleinen erbärmlichen Keller hatte, schaffte sich während des Krieges einen Keller mit einem großen, geräumigen Laden. Hier werden die Hausfrauen direkt vor ihren Augen im Gewicht betrogen. Beim Gemüseabwiegen fällt sich die Schale außerdem noch allmählich mit den abgefallenen Blättern. Diese werden nicht herausgenommen, sondern jeder Kunde bezahlt sie mit, bis sie schließlich am Abend nach abermaliger Begablung als Karnickelfutter ihren Besitzer finden. Werkwürdig ist es, daß höchst selten eine Hausfrau sich zu einem Protest aufrafft. Eine jede scheint sich zu freuen, überhaupt Ware zu erhalten. Auf einige Sorten bekommen wir 1 1/2 Pfd. Deringe. Beim Nachwiegen fehlte ein Viertel Pfund. Bei unserem Milchhändler fehlte an 1 Pfd. Butter 50 Gramm. Seit er aber weiß, daß wir eine Waage besitzen, stimmt das Gewicht. Werkwürdige Handlungen macht die Parabel durch. In Eimern oder Säbeln verpackt, verkauft sie uns weiche, gallertartige Masse die fast, beim Kleinhandler angepackt, hat sie einen pflanzlichen, scharfartigen Inhalt angenommen. Sie ist „getaut“ worden.

Dies sind nur einige Fälle aus unserer Gegend in der Schönhauser Allee. Wie ich aber aus Erkundigungen weiß, werden diese gleichen Betrügereien in ganz Groß-Berlin getrieben und viele Kleinwägen haben, die Not ausnützend, sich Vermögen gemacht. Jeder Mann ist aber von vielen Hausfrauen die Antwort: ach, wir wiegen nicht nach, wir wissen, daß wir betrogen werden.

Die meisten Männer haben noch nicht darüber nachgedacht, was die Hausfrauen in diesem Kriege geleidet und gelitten, wie viele durch Ansehen und Erfüllung von Tod und Elendtum gefoltert haben. Niemand zählte diese Opfer. Um so mehr ist es jetzt Pflicht, daß der Mann eingreift und verhindert, daß die Hausfrauen weiter so systematisch an ihrem Wirtschaftsgeld geplündert werden.

Das Volksgesetzblatt teilt mit: Nachdem sich der Polizeipräsident Eichhorn seit Übernahme seines Amtes mit den Wahlen aus allen Kreisen der Bevölkerung vertraut gemacht hat, bringt ihn die Ueberlastung durch die mannigfachen Arbeiten seines Amtes, sowie durch die täglichen Sitzungen zu einer Einschränkung der Empfänge. Der Präsident wird deshalb in Zukunft für Rat- und Hilfesuchen aus der Bevölkerung nur von 2-11 Uhr vormittags zu sprechen sein, bittet aber, ihn nur in dringenden Fällen und nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn die zuständige Geschäftsabteilung der Behörde nicht Abhilfe schaffen kann. Diese zunächst anzugehen, empfiehlt sich unter allen Umständen.

Die „Beschlagnahmen“ durch falsche Beamte wollen nicht wahren. So kamen am Freitag bei der Färberei von Raabe in der Rudower Straße 31 auf Neudorfer Gemarkung ein Kraftwagen mit drei Mann vorgefahren. Der Führer, ein Mann in bürgerlicher Kleidung, erklärte, daß er Kriminalkommissar und in bürgerlicher Kleidung sei, mit den beiden Soldaten die Räume nach Gold- und Silbergeld zu durchsuchen und was er daran finde, and Silbergeld zu beschlagnahmen. Raabe ließ ihn alles absuchen und zeigte ihm auf seinen ganzen Verbestand, der aber nur aus Papiergeld aus seinen ganzen Verbestand, der aber nur aus Papiergeld bestand. Jetzt konnte der „Kommissar“ nichts „beschlagnahmen“, weil er ja selbst erklärt hatte, daß er nur nach Gold- und Silbergeld zu suchen habe. Die drei Mann fuhren mit dem Wagen wieder ab. Raabe erkundigte sich nachträglich nach ihrem angeblichen Auftrage und erfuhr jetzt, daß es Schwindler waren, die sich mit gestempelten, aber gefälschten Papieren ausgewiesen hatten.

Die Heimkehr des Kriegers. Feinliche Ueberwachungen hat kein mander Feindere während des Krieges erlebt, wenn er auf Urlaub nach Hause kam. Statt des trauten Heims, das er erwartete, fand er die Vernichtung seines Familienlebens. Schon wiederholt ist es im Laufe der Jahre dazu gekommen, daß so ein betrogener Mann in der Auszahlung an seiner treulichen Frau blutige Rache nahm. Auch am Freitag kam es auf dem Straßauer Platz wieder zu einer aufregenden Szene. Die Frau des Unteroffiziers Dinolden hatte sich, während ihr Mann im Felde stand, mit einem Artillerie-Wagen vom Straßauer Platz 4 eingelassen. Er erfuhr von der Untreue seiner Frau und begab sich nach der Wohnung Nr. 13. Hier traf er niemanden an. Während er vor der Tür wartete, sah er endlich Krieger und seine Frau auf dem Mittelwege des Straßauer Platzes spazieren geben und ging auf sie zu. Wie er behauptet, brang nun Krieger sofort mit geglätteter Messer auf ihn ein. Jetzt griff er zu seiner Armeemantel, schloß auf den Krieger und trat ihn in die linke Seite und die Hand. Er behauptet, daß Krieger weiter auf ihn ein. Der Wagonmeister Georg Markus aus der Hauptstraße 5 eilte hinzu, um beide zu entwaffnen. Dingelben schloß auch auf ihn und trat ihn in den Fuß. Dann wurde er festgenommen. Krieger, der Urheber des Unheils, ist selbst ein verheirateter Mann.

Zur Arbeitlosenfürsorge. Die in den Arbeitervereinen „gelagerten“ Beschäftigten der Erwerbslosen-Fürsorge sind wegen der engen Zusammenziehung von morgen 8 Uhr bis abends 8 Uhr abzuholen. Die erwartete Beschäftigung dieser Viertel wird dabei

erlaubt, in eigenem Interesse bei Ruck und Drange an den Arbeitlosen sich in den Nachmittagsstunden zur Aufnahme des Antrages dort einzufinden.

Schont die Parkanlagen. Aus Anlaß der heute in städtischen Parks stattfindenden Volksversammlungen ersuchen wir alle Besucher, darauf zu achten, daß den Parkanlagen kein Schaden geschieht. Die Genossen werden wohl dafür sorgen, daß alle Besucher diesem Mahnruf Beachtung schenken.

Wo kommt der Zucker her? Zu dieser Frage, die wir vor einigen Tagen aufwarfen, erfahren wir jetzt, daß wiederholte Revisionen in Konflikturkunden ergeben haben, daß die Geschäftsinhaber vielfach nicht in der Lage sind, sich über den Einkaufspreis der Süßigkeiten durch Verlege auszuweisen. Es heißt dann gewöhnlich, daß die Ware von einem unbekanntem Soldaten gekauft ist. In Wirklichkeit handelt es sich in den meisten Fällen gar nicht um ausländische Ware, sondern um solche, die aus gestohlenen oder sonst unredlich erworbenen Zucker hergestellt ist.

Lebensmittelverteilung. In der Zeit bis Donnerstag, den 12. Dezember, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekartenlisten der in den Bezirken der 152., 153., 154., 155., 156., 157., 158., 159., 160., 161., 162., 163., 164., 165., 166., 167., 168., 169., 170., 171., 172., 173., 174., 175., 176., 177., 178., 179., 180., 181., 182., 183., 184., 185., 186., 187., 188., 189., 190., 191., 192., 193., 194., 195., 196., 197., 198., 199., 200., 201., 202., 203., 204., 205., 206., 207., 208., 209., 210., 211., 212., 213., 214., 215., 216., 217., 218., 219., 220., 221., 222., 223., 224., 225., 226., 227., 228., 229., 230., 231., 232., 233., 234., 235., 236., 237., 238., 239., 240., 241., 242., 243., 244., 245., 246., 247., 248., 249., 250., 251., 252., 253., 254., 255., 256., 257., 258., 259., 260., 261., 262., 263., 264., 265., 266., 267., 268., 269., 270., 271., 272., 273., 274., 275., 276., 277., 278., 279., 280., 281., 282., 283., 284., 285., 286., 287., 288., 289., 290., 291., 292., 293., 294., 295., 296., 297., 298., 299., 300., 301., 302., 303., 304., 305., 306., 307., 308., 309., 310., 311., 312., 313., 314., 315., 316., 317., 318., 319., 320., 321., 322., 323., 324., 325., 326., 327., 328., 329., 330., 331., 332., 333., 334., 335., 336., 337., 338., 339., 340., 341., 342., 343., 344., 345., 346., 347., 348., 349., 350., 351., 352., 353., 354., 355., 356., 357., 358., 359., 360., 361., 362., 363., 364., 365., 366., 367., 368., 369., 370., 371., 372., 373., 374., 375., 376., 377., 378., 379., 380., 381., 382., 383., 384., 385., 386., 387., 388., 389., 390., 391., 392., 393., 394., 395., 396., 397., 398., 399., 400., 401., 402., 403., 404., 405., 406., 407., 408., 409., 410., 411., 412., 413., 414., 415., 416., 417., 418., 419., 420., 421., 422., 423., 424., 425., 426., 427., 428., 429., 430., 431., 432., 433., 434., 435., 436., 437., 438., 439., 440., 441., 442., 443., 444., 445., 446., 447., 448., 449., 450., 451., 452., 453., 454., 455., 456., 457., 458., 459., 460., 461., 462., 463., 464., 465., 466., 467., 468., 469., 470., 471., 472., 473., 474., 475., 476., 477., 478., 479., 480., 481., 482., 483., 484., 485., 486., 487., 488., 489., 490., 491., 492., 493., 494., 495., 496., 497., 498., 499., 500., 501., 502., 503., 504., 505., 506., 507., 508., 509., 510., 511., 512., 513., 514., 515., 516., 517., 518., 519., 520., 521., 522., 523., 524., 525., 526., 527., 528., 529., 530., 531., 532., 533., 534., 535., 536., 537., 538., 539., 540., 541., 542., 543., 544., 545., 546., 547., 548., 549., 550., 551., 552., 553., 554., 555., 556., 557., 558., 559., 560., 561., 562., 563., 564., 565., 566., 567., 568., 569., 570., 571., 572., 573., 574., 575., 576., 577., 578., 579., 580., 581., 582., 583., 584., 585., 586., 587., 588., 589., 590., 591., 592., 593., 594., 595., 596., 597., 598., 599., 600., 601., 602., 603., 604., 605., 606., 607., 608., 609., 610., 611., 612., 613., 614., 615., 616., 617., 618., 619., 620., 621., 622., 623., 624., 625., 626., 627., 628., 629., 630., 631., 632., 633., 634., 635., 636., 637., 638., 639., 640., 641., 642., 643., 644., 645., 646., 647., 648., 649., 650., 651., 652., 653., 654., 655., 656., 657., 658., 659., 660., 661., 662., 663., 664., 665., 666., 667., 668., 669., 670., 671., 672., 673., 674., 675., 676., 677., 678., 679., 680., 681., 682., 683., 684., 685., 686., 687., 688., 689., 690., 691., 692., 693., 694., 695., 696., 697., 698., 699., 700., 701., 702., 703., 704., 705., 706., 707., 708., 709., 710., 711., 712., 713., 714., 715., 716., 717., 718., 719., 720., 721., 722., 723., 724., 725., 726., 727., 728., 729., 730., 731., 732., 733., 734., 735., 736., 737., 738., 739., 740., 741., 742., 743., 744., 745., 746., 747., 748., 749., 750., 751., 752., 753., 754., 755., 756., 757., 758., 759., 760., 761., 762., 763., 764., 765., 766., 767., 768., 769., 770., 771., 772., 773., 774., 775., 776., 777., 778., 779., 780., 781., 782., 783., 784., 785., 786., 787., 788., 789., 790., 791., 792., 793., 794., 795., 796., 797., 798., 799., 800., 801., 802., 803., 804., 805., 806., 807., 808., 809., 810., 811., 812., 813., 814., 815., 816., 817., 818., 819., 820., 821., 822., 823., 824., 825., 826., 827., 828., 829., 830., 831., 832., 833., 834., 835., 836., 837., 838., 839., 840., 841., 842., 843., 844., 845., 846., 847., 848., 849., 850., 851., 852., 853., 854., 855., 856., 857., 858., 859., 860., 861., 862., 863., 864., 865., 866., 867., 868., 869., 870., 871., 872., 873., 874., 875., 876., 877., 878., 879., 880., 881., 882., 883., 884., 885., 886., 887., 888., 889., 890., 891., 892., 893., 894., 895., 896., 897., 898., 899., 900., 901., 902., 903., 904., 905., 906., 907., 908., 909., 910., 911., 912., 913., 914., 915., 916., 917., 918., 919., 920., 921., 922., 923., 924., 925., 926., 927., 928., 929., 930., 931., 932., 933., 934., 935., 936., 937., 938., 939., 940., 941., 942., 943., 944., 945., 946., 947., 948., 949., 950., 951., 952., 953., 954., 955., 956., 957., 958., 959., 960., 961., 962., 963., 964., 965., 966., 967., 968., 969., 970., 971., 972., 973., 974., 975., 976., 977., 978., 979., 980., 981., 982., 983., 984., 985., 986., 987., 988., 989., 990., 991., 992., 993., 994., 995., 996., 997., 998., 999., 1000.

Lebensmittelverteilung in Schönberg. In Berlin-Schönberg findet bis zum 10. Dezember Voranmeldung statt für 100 Gramm Weizengrieß auf Abschnitt 84 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Ausgegeben werden in der nächsten Woche 500 Gramm Weizenmehl auf die Abschnitte 75 und 79 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, ferner ohne Voranmeldung von Mittwoch an 2 Pfund Kerfi auf den Vorabschnitt 24 der Jugendkassenkarte und 1 Viertel Süßholz auf den Doppelabschnitt 7 der Schönberger Gesundheitskarte. Weizenmehlverkauf gelangt freihändig zum Verkauf. An die Kinder bis zu 14 Jahren wird 1/2 Pfund Süßigkeiten verteilt; die Bezugsheute werden bei der Hauptverteilung vom 10. bis 18. Dezember ausgegeben. Die Voranmeldung findet in allen Süßigkeitenhandlungen vom 11. bis 16. Dezember statt.

Lebensmittelversorgung in Neuföhren. 1 Pfund Parmelade gelangt von Ende nächster Woche ab auf die Abschnitte 81 und 88 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte zur Verteilung. Der Verkauf von Kunsthonig (1/2 Pfund) auf Abschnitt 80 der Lebensmittelkarte wird fortgesetzt. Bis einsch. Mittwoch nächster Woche gelangen an die im Bezirk der 1., 14. und 17. Protokommission eingetragenen Kunden je 125 Gramm Harzer Käse und bis einsch. Donnerstag in den im Bezirk der 6. Protokommission eingetragenen Kunden je 125 Gramm in Form von Käse zur Verteilung. Auf den Abschnitt P der Gesundheitskarte wird 1 Viertel Süßholz abgegeben. Auf den Abschnitt 24 der Lebensmittelkarte für Jugendliche kann 1 Pfund Weizenmehl ohne vorherige Anmeldung bei allen Gemüsehändlern entnommen werden. — Die Frist für die nachträgliche Anmeldung zum Bezugs von Wintervorratkartoffeln ist abgelaufen. Weitere Nachmeldungen können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Die Nachmenge beträgt bis auf weiteres 7 Pfund je Kopf. — Für Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahre gelangt zum Ausgleich für die gestrige Mangelmenge im Monat Dezember je 1 Pfund Grieß zur Ausgabe. Näheres wird noch bekannt gemacht.

Lebensmittel in Astoria. Vom 9. bis 15. Dezember 1/2 Pfund Nudeln, 1/2 Pfund Nudelpulver, bis 10. Dezember in Fl. — der Verkauf von 1/2 Pfund Deringe über solchen Nudeln beim 1/2 Pfund Nudelpulver wird fortgesetzt. Es können 1 Pfund Kartoffeln und vom 12. Dezember ab auf Sonderkarten 8 Pfund Kartoffeln zur Weiterverteilung der eiserne Nation entnommen werden. — Ecken für Kriegsbeschädigte werden in Wilhelmshorst unentgeltlich durch die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte im Rathaus ausgegeben.

Versammlung der Magistratskräfte. Die Dienststellen des Magistrats Berlin werden von ihrem Chefmänner-Ausschuß zur Vornahme der Wahlen in den Arbeiterrat für Dienstag, 10. Dezember, nachmittags 1/2 Uhr, in den „Birkus Busch“ eingeladen. Zutritt haben nur die mit einem Ausweis versehenen Magistratskräfte.

III. Kreis U. S. V. Serie, Sonntag: Flugblattverteilung. Die Abteilungen holen sich die Flugblätter bei Baum, Stadtschreiberstr. 47, ab. — Bei der Versammlung im Gewerkschaftshaus am Freitag ist ein Belg verloren gegangen. Es wird gebeten, denselben bei Schweißhaidt, Reichberger Str. 173, abzugeben.

Kempelhof. Am Freitag tagte hier eine öffentliche, von der U. S. V. einberufene Frauenversammlung. Sie war von etwa 700 Personen besucht. Genosse Reitzler schilderte die Ursachen des Krieges, die Notwendigkeit des Zusammenbruchs des alten jammervollen Systems und lenkte zum Schluß auf Arbeit und zum Kampf gegen die Reaktion auf. Genossin Kellneri besprach im Anschluß daran die bisherige Realisierung der Frau und erläuterte ihre kommenden Aufgaben. In der Diskussion setzte sich eine bürgerliche Rednerin für die baldige Einberufung der Nationalversammlung ein. Andere Rednerinnen sprachen im Sinne der U. S. V. Die Versammlung nahm einen vom sozialistischen Geist erfüllten Verlauf. Anträgen für die „Freiheit“ und Mitglieder für die Partei konnten gewonnen werden.

Neuföhren. Mätung! Frauen der U. S. V. Zur Aussprache über die Kontrolle der Vollstücken finden sich die Genossinnen am Montag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, in folgenden Lokalen ein: Bezirke 1-6 bei Oberländer, Panierstr. 50; Bezirke 7-12 bei Kaiser, Thüringer Str. 15; Bezirke 13-18 bei Biende, Odestr. 5; Bezirke 19-24 bei Kahlke, Karolgartr. 8-10. — Am Dienstag, abends 8 Uhr, finden sich die Kontrollurinnen mit ihren Ersahleuten im Stadtverordnetenhaus, Rathaus, ein. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Ordnung in Neuföhren der U. S. V. Montag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, bei Bengel, Ideal-Park, Reichstr. 8, Große Funktionärsitzung.

Pankow. Am Montag, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung der U. S. V. in der Schulaula, Mollatstraße 135. — Am Mittwoch, den 11. Dezember, abends 7 Uhr, Nachabend in folgenden Lokalen: Gruppe 1: Wonneberg, Mollatstraße 72; Gruppe 2, 7, 8: Schumann, Dreimstr. 58; Gruppe 3 und 15: Schulz, Treite Str. 2; Gruppe 4 und 5: Wundelich, Florastr. 72; Gruppe 6 und 17: Eckerdt, Florastr. 68; Gruppe 9 und 18: Kief, Witzstr. 48; Gruppe 10 und 14: Schwerdt, Wühlstr. 58; Florastr. 72; Gruppe 11 und 12: Rost, Kaiser-Friedrich-Str. 58; Gruppe 13 und 16: Hille, Prenzlauer Promenade 156.

Stralauer. Die Mitgliederversammlung findet des größeren Mitgliederbestandes wegen am Mittwoch, den 11. Dezember 1918, abends 8 1/2 Uhr, bei Otto Steinicke, Alt-Stralau 8, statt und erwartet allezeitiges Erscheinen. Die Bezirksleitung.

Hier ist der Beweis

für die Leistungsfähigkeit unserer Riesenläger in

Leiser Seide

Taffet doppelbreit Solide Qualität schwarz

Seiden-Schleierstoff ca. 70 cm breit in reichhaltiger Farbauswahl

Mr. 12,50

Mr. 29,50

Aus der Frauenbewegung.

Nicht reif genug!

Mit dem 9. November 1918 beginnt für die Frauen Deutschlands eine neue Zeit: die Zeit der bürgerlichen Gleichberechtigung! Überwunden sind die langen Jahre des Kampfes darum, überwunden die Zeiten demütigender Bittschriften. Endlich ist das langverlangte, heilumstrittene Ziel erreicht: die Gleichwertigkeit des weiblichen Geschlechts mit dem männlichen, das seine öffentliche Anerkennung und Bestätigung erhält durch die Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts, wie es die Revolution der Frau unter völlig gleichen Bedingungen anerkannt hat wie dem Mann.

Doch schon regen sich allenthalben Stimmen, die da fragen: Ist die Frau auch reif genug, das Wahlrecht auszuüben? Würde diese Frage nur von Männersicht gestellt, es wäre nicht weiter verwunderlich. Doch nie hat irgend eine Schicht ein Unrecht gern oder freiwillig aufgegeben. Verwunderlich ist nur, daß auch eine Frau sich zur Sprecherin dieser Zweifel macht; dazu eine Frau, die seit Jahrzehnten in den vordersten Reihen der bürgerlichen Frauenbewegung steht und manches Gute und Nützliche für die soziale Aufklärung und Mitarbeit weiter Kreise bürgerlicher Frauen und Mädchen geleistet hat. Und ohne, daß sie es will, oder sich dessen bewußt wird, zeigt Alice Salomon in ihrem Artikel „Die Frauen und die Nationalversammlung“ im „Berliner Tageblatt“ vom 5. Dezember 1918, wie politisch rückständig die bürgerliche Frauenbewegung ist. Sie schreibt: „Das Stimmrecht wird den Frauen gegeben, ohne daß die historischen Voraussetzungen für eine auf selbständigen Überzeugungen ruhende Benützung vorhanden wären. Die äußere Politisierung erfolgt, ohne daß die innere, die Durchdringung mit politischen Interessen voranzuging wäre. Die Revolution brüht den Frauen das Werkzeug in die Hand, mit dem sie am Bau der Reichsverfassung mitarbeiten sollen, nachdem kurzatmige Nachtinsinuationen und stumpfsinniges Beharrungsvermögen des männlichen Bürgertums sich jahrzehntelang dem Begehren der Frauen nach verantwortlicher Beteiligung an der Gemeindeverwaltung verschlossen hatten. So sind die Frauen um den natürlichen Entwicklungsprozess gekommen, auf dem die Erziehung der Frau im allgemeinen zu verlaufen pflegt.“ Alice Salomon stellt somit den bürgerlichen Frauen ein richtiges Armutszeugnis aus. Unter „verantwortlicher Beteiligung“ kann nur verstanden werden, daß den Frauen trotz anerkannter tüchtiger Leistungen in den Gemeindeverwaltungen das Stimmrecht nicht gewährt wurde. Sollten deshalb alle ihre Handlungen nicht von genau demselben Verantwortlichkeitsgefühl getragen gewesen sein, wie diejenigen ihrer männlichen Kollegen? Die Zurückgebliebenheit des Abstimmungsrechtes in den verschiedenen Körperschaften hat den „natürlichen Entwicklungsprozess“ der Frauen für das öffentliche Leben gewiß nicht gehemmt. Ihnen aber um so deutlicher gezeigt, wie sehr selbst ihre eigenen männlichen Klassenangehörigen das immerhin fortgeschrittene Element der Frauen fürchteten und es nicht zum Ausdruck kommen lassen wollten. Die Verleihung des Stimmrechts war ein Mittel dazu.

Was die „selbständige Überzeugung“ anbelangt, die Alice Salomon für die Frauen verlangt, bevor sie das Wahlrecht erhalten, so dürfte diese bei den Frauen mindestens ebenso stark vorhanden sein wie bei den Männern, deren wirtschaftliche Abhängigkeit sie häufiger zu passiver, ihrer Überzeugung entgegengefehlter Annahmen, oder aber der Wahl überhaupt fern zu bleiben. Wäre es nach dem Willen der bis zum 9. November herrschenden Reaktionäre gegangen, so wäre für die Wahlen zum preussischen Landtag die Wahlpflicht eingeführt worden und noch weniger Männer als vordem hätten selbst bei einem geheimen und direkten Wahlrecht ihrer Überzeugung entsprechend wählen können. Oder aber glaubt Alice Salomon, das Frauenwahlrecht sei nicht mehr als ein Zweistimmrecht der Männer? Das mag vielleicht zutreffen, so weit es Ehefrauen betrifft. Die Wähler in der Mehrzahl politisch der gleichen Anschauung verbunden wie der Gatte, unter dessen Einfluß sie mindestens bis zum Kriege fast ausschließlich gestanden haben. Hier ist die Abwesenheit vom Hause kann aber diesen Einfluß erheblich beeinträchtigt haben. Für die Unverheirateten trifft es ganz gewiß nicht zu. Die zwanzigjährigen und älteren unverheirateten Mädchen, denen der Krieg die schönsten Jugendjahre geküßt, die Hoffnung auf Ehe- und Mutterglück zerstört hat, werden ganz durchwegs demokratischer gesinnt sein, als die Mehrzahl ihrer Väter. Ständen sie vordem noch nicht im Erwerbsleben, so hat der Krieg sie hineingeworfen, hat ihnen die Augen geöffnet über Zusammenhänge zwischen ihrem eigenen beengten Dasein und dem blutigen Weltgeschehen draußen. Sie haben am eigenen Leibe empfunden, was es heißt, machtlos zu sein und werden die Macht, die ihnen der Stimmzettel verleiht, ohne jede „historische Voraussetzung“ zu gebrauchen wissen.

Alice Salomon erkennt an, daß allein die Sozialdemokratie die Frauen „planmäßig in ihre Reihen gezogen hat“, während ihrem Programm der Gleichberechtigung der Geschlechter. Alle anderen Parteien haben das verkannt und müssen es jetzt nachholen, und sie stellt die fordernde Forderung auf: „Vorher und nebenher muß der Versuch gemacht werden, die Frauen von innen heraus, und zunächst unabhängig vom parteipolitischen Standpunkt zu politisieren, sie reif zu machen, daß sie beim Anschluß an eine Partei sich auf Grund eigener Überzeugung entscheiden.“

Zum Zeitpunkt der höchsten Erregung politischer Leidenschaften fordert A. S. die berühmte „objektive“ Einführung in die Politik der verschiedenen Parteien. Das verrät eine Weltfremdheit, ein so völliges Verkennen des Bedürfnisses der Massen, die die Revolution gemacht und auch weiterhin nicht Objekt, sondern Subjekt der großen Umwälzung sein und selbst mit Hand anlegen wollen, um das Werk der Revolution zu erhalten, zu befestigen und auszubauen. Daß man danach ermitteln kann, welches Gesicht die

geforderte, über den Parteien stehende Einführung in die Politik haben würde. Schreiberin dieses hatte gerade kurz vor den Revolutionstagen Gelegenheit, solche Einführung „unabhängig vom politischen Standpunkt“ kennen zu lernen. Es handelte sich dabei nicht einmal um politische, sondern um soziale Fragen, und selbst bei diesen machte sich die persönliche politische Auffassung der „Einführerin“ geltend. Das ist auch ganz natürlich, da jeder Lehrende zugleich auch Angehöriger einer bestimmten Klasse ist, gelangt sein Klassenstandpunkt in seinen Ausführungen zum Ausdruck.

Alice Salomon befürchtet, daß, wenn es den Parteien allein überlassen bleibt, um die Frauen zu werden, die Gefahr entsteht, daß nicht die Frauen das Wahlrecht brauchen, sondern daß es durch sie von anderen gebraucht wird, daß die Frauen sich zum Werkzeug einzelner Interessengruppen machen lassen, ohne es gewährt zu werden.

Wir hoffen, daß A. S. nur verhindern will, daß die Reaktion die Frauen für ihre Zwecke mißbrauchen könnte. Die Sozialdemokratie hat seit Jahrzehnten unermüdlich ver sucht, die Frauen aufzuklären, und tut dies zur Zeit mit Hochdruck. Sollten trotzdem Proletarierinnen sich für reaktionäre Zwecke einbringen lassen, so kann nur die Ausübung des Wahlrechtes selbst sie eines Besseren belehren, denn an den Folgen werden sie spüren, ob sie richtigen oder falschen

Mädchen und Frauen des arbeitenden Volkes! Genoffinnen!

Am 16. Dezember findet die Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte für ganz Deutschland in Berlin statt. Die Stimme der Frauen war bis jetzt in den Arbeiterräten noch wenig zu hören.

In diesen Kriegsjahren haben viele von Euch für die Revolution gekämpft und gelitten. Damit habt Ihr Euch ein Anrecht erworben, das aktive und passive Wahlrecht, das Euch die Revolution gebracht, sofort auszuüben. Die Delegiertenversammlung am 16. Dezember bietet Euch die erste Gelegenheit dazu.

Rüht sie aus!

Beteiligt Euch alle an den Wahlen und setzt Eure ganze Kraft ein, daß auch

Frauen delegiert

werden! An die Arbeit!!!

Gebrauch von ihrem Rechte gemacht haben. Aber mit der Verleihung des Wahlrechtes warten, bis auch die letzte Wauerin über Wesen und Ziel der verschiedenen Parteien aufgeklärt ist — und das ist die Tendenz des ganzen Artikels —, hieße das Frauenwahlrecht sehr zur Zufriedenheit der gesamten Reaktion auf den Sankt Nimmerleinstag verschleppen.

Für das Wahlrecht der Männer ist niemals eine ähnliche Forderung aufgestellt worden, obwohl sie ganz gewiß nicht mehr und nicht weniger politische Kenntnisse zu diesem Behufe mitbringen als jetzt die Frauen. Es darf sogar behauptet werden, daß viele Frauen heute politisch weit unterrichtet sind, als die aus dem Felde heimkehrenden Männer, die zum großen Teil als ganz junge Leute ohne gesellschaftliche Weltanschauung und ohne tiefere politische Überzeugung hinans trugen und, vier Jahre lang mit „vaterländischen“ Unterricht vergiftet, einige Zeit brauchen werden, sich ein eigenes Urteil über die politischen Zustände in Deutschland zu bilden.

Eine Frage noch zum Schluß! Alice Salomon und mit ihr offenbar ein großer Teil der Bourgeoisie glauben die Frauen zum Wahlrecht noch nicht reif; da es ihnen aber nun einmal zuerkannt ist, wollen sie von jetzt ab bis zu den Wahlen am 19. Februar die Frauen politisch „bilden“. Warum fordern diese Leute nicht mit uns gemeinsam die hinausschiebung des Wahltermins? Die Bourgeoisie ist es ja gerade, die die politische Unbildung der Massen, insbesondere der Frauen, von der sie fest überzeugt zu sein scheint, auszunutzen will, indem sie zur raschen Enderufung der Nationalversammlung drängt. Ist es ihr wirklich darum zu tun, in den kommenden Wahlen den wahren Spiegel der Volkmeinung zu sehen, dann möge sie gemeinsam mit uns eintreten für eine möglichst weite Hinausschiebung der Enderufung der Nationalversammlung. Tut sie das, so sind wir überzeugt, daß es ihr mit der politischen Aufklärung Ernst ist.

Die Revolution hat die Frauen befreit von jahrhundertelanger Entrechtung und Unterdrückung. Sie werden der Revolution keine Niederlage bereiten, sondern ihre Reize beweisen, indem sie das Werkzeug, das sie ihnen in die Hand gedrückt, gebrauchen zur fortschreitenden Befreiung der Menschheit aus wirtschaftlicher Not und geistiger Nacht.

Mathilde Wurm.

Weihnachtsgaben.

Unsere Genoffinnen haben sicher die Absicht, ihren Kleinen eine Weihnachtstunde zu bereiten.

Wir machen deshalb an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die wirklich hübschen „Jugendlieder“ von unserer Genossin Emma Böck hierzu sehr geeignet sind. In geschmackvollem Einband kann das Büchlein zum Preise von 1 Mark bei ihr selbst, Forster Straße 44, gekauft werden. Die Anschaffung ist unseren Genoffinnen bestens zu empfehlen.

Lilse Fleck.

An die Mütter!

Von Bruno Schönlank.*)

Fahnen wehen. Schwarzweihrote Fahnen. Die Soldaten kehren heim. Doch Tausende, Hunderttausende kommen niemals wieder. Sie sind gefallen in Flandern, in Frankreich und Polen. Der Tod hielt reiche Ernte, überall, wo deutsche Eroberungsgier ihre Krallen einschlug. In Mesopotamien, in Palästina, in Serbien und Italien, in der Ukraine, der Krim, in Finnland, im heiligen Atrio. Kanonenfutter! Einst verkaufte deutsche Fürsten ihre Landesfürsten, um mit dem Bluff des klang des französischen Sonnenkönigs nachzögen zu können, und sie verpflanzten Karl und Blut des Landes mit ihren Baklanen und betretenen Günstlingen.

Der Absolutismus fiel. Das Bürgertum kam zur Macht und verkaufte nur zu gern seine politischen Ideale für klingendes Geld.

Der Geist des Nachhingers, der brutalen Gewalt, ward sein Geißel und alles Volk von Kindesbeinen an ihm unterstellt. Warnende Stimmen, das Aufbäumen einzelner, wurden belächelt und verhöhnt. Und als sie eindringlicher und stärker wurden und zum Thore anknüpften, mit roter Gewalt erschlug.

Das war der Geist, der Eure Seelen in harter Arbeit verschmachten ließ; das war der Geist, der Eure Söhne in die Kaserne zwang; das war der Geist der Schlotbarone und Chrenigen Generale. Das war der Geist, der aus dem Blut Eurer Söhne und Gotten Gold münzte; das war der Geist des Büchers, der Eure Brüste verriegeln ließ; das war der Geist der Lüge, der ein ganzes Volk in den Abgrund führte. Das ist der Geist, der danach trachtet, unsere junge Freiheit zu erwürgen, der Geist des Hintertrichts und des Verrats.

Hört Ihr, was Eure schwarzweihroten Fahnen sich erzählen. Rütlich, Antwerpen, Rauberg. Sieg auf Sieg. Glotengeläut. Und Ihr dachtet kaum der Toten. Blut, Tränen, sie verfanke im Jubelschrei. Und wer da weinen wollte, mußte sich verfrischen ins stille Kämmerlein, und wer da laut klagte, wurde schiel angesehen. Und wer da anklagte, verdammt zur Hütthausqual.

Jahre kamen, Jahre gingen. Die Mannesblüte fiel, halbe Kinder, halbe Greise wurden zur Schlachtkant geführt. Sie regten und — segten sich zu Tode.

Und Ihr hiellet: Einkehr und jede Mutter gedachte der andern. Doch Ihr schaltet Euch nicht auf. Kein millionenfacher Schrei aller Frauen ging erschütternd von Land zu Land, über die Grenzen hinweg — und das Nordens tobte weiter. Und sie mordeten sich weiter im blutigen Wahnsinn für Weiß und Rind.

Das erzählen Euch die Landesfahnen. Rot ist das Blut, das singt und Klingt in starker Liebe und in starkem Haß. Rot geht die Sonne auf und rot ist unsere Fahne. Sie durfte nicht flattern, als der Krieg tobte, denn sie ist die Fahne des Aufstiehs gegen die bösen Gewalten. Sie durfte nicht wehen vor dem Krieg, denn sie war das internationale Symbol der Arbeiterklasse, das leuchtende Zeichen, daß sie ihr Herzblut geben wollte für die Befreiung aller Arbeiter vom Joch des Kapitalismus.

Doch die Arbeiter liehen sich verbünden und gegeneinander behen, und die französischen, deutschen, englischen und all die Landesfahnen wurden Spandmale sich zerfleischender Völker.

Da kam der Zusammenbruch in Rußland und mit ihm die Revolution. Weithin leuchtete die Fahne der Verbrüderung. Doch die Deutschen sprengten nicht ihre Ketten und die schwarzweihroten Fahnen freierten unserm Volk zur Schmach die Unterdrückung der russischen Revolution durch deutsche Soldaten.

Nur es kam der Zusammenbruch in Oesterreich und in Deutschland.

Gedenkt der ersten Tage unserer Revolution, die Eure Brüder, Eure Söhne und Gatten freimachte von dem allmächtigen Druck des Militarismus; gedenkt der Tage, wo Ihr das stammende Rot jubelnd begrüßtet.

Ihr Frauen in Frankreich und Italien, Ihr Frauen in England und Amerika, ihr Frauen der ganzen Welt, behaltet im Herzen die Stunde, da ein Volk die Ketten zerbrach. Duldet nicht, daß auf Eurer Väter der Nach komme, die Befreiten wieder geknechtet zu haben!

Mütter, Ihr tragt die blutige Welt. Ihr seid mit verantwortlich für seine Zukunft, verantwortlich, ob sie in Nacht und Grauen oder in leuchtendes Land führt. Verschwendet die Weisheit des Kleinmuts, wirkt und schafft unermüdlich, mit Feuerherzen für die Welt des Sozialismus, eine Welt für Euch, für uns, für das heranwachsende Geschlecht.

Von der Agitation.

In Hermsdorf i. R. hatte die N. S. P. D. zum 28. November eine öffentliche Frauenversammlung einberufen. Der Genossin Wurm über „Die Frau im politischen Leben“ referierte. Der Evangelische und der Vaterländische Frauverein hatten offenbar, ihre sämtlichen Mitglieder angeboten, die zusammen mit unsere ebenso zahlreich erschienenen Genoffinnen den sehr großen Saal bis auf den letzten Platz füllten.

Die Vortragende schilderte die Verbrechen der durch die Revolution endlich veragten Regierung und ging dann ausführlich ein auf die bisherige und zukünftige Stelle der Frau in Staat und Gesellschaft. Zahlreiche Zwischenrufe und die in der Diskussion gestellten Fragen bewiesen, daß die Bourgeoisie noch immer glaubt, sie müsse Schuld und Verantwortung am Kriege von sich auf die Epente abwälzen, in der Hoffnung, dadurch mildere Friedensbedingungen zu erreichen. Der Sozialismus ist für sie zum Kinderstreich geworden; sie kennen ihn zwar nur aus den Schilderungen einer feigen Presse, die während des ganzen Krieges einzig die Interessen der in Preußen-Deutschland herrschenden Klassen vertrat, aber sie haben begriffen, daß die Revolution mit Klassenrecht und Ausrottung des Reichens durch den Reichsten auftrat; und, geängstigt um ihren Besitz, berechnen sie sich in dem Ruf „Gegen den Bolschewismus“.

Die Rednerin empfahl den anwesenden bürgerlichen Frauen dringend, das „Eruerter Programm“ zu lesen, damit sie endlich mal aus eigenem Urteil wüßten, was Sozialismus ist und was er will.

*) Aus Nr. 40 des „Sozialist“.

